

Die „Volkswacht“  
erscheint täglich Nachmittag außer  
Sonntag und ist durch die  
Expedition, Neue Grubenstr. 5/6,  
durch die Post und  
durch Colporteurs zu beziehen.  
Preis vierteljährlich Mf. 3.10,  
pro Woche 25 Pf.  
Postzeitungsliste Nr. 710a.

# Volkswacht

Inserionsgebühr  
beträgt für die fünfzehntägige  
Beitrag oder deren Raum  
20 Pfennige, für Berechnung und  
Versammlungs-Anzeigen  
10 Pfennige.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.  
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.  
Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 112. Breslau, Dienstag, den 14. Mai 1895. VI. Jahrgang.

## Majestätsbeleidigungen.

Der „neue Kurs“ kann nicht behaupten, die Sympathieen des Volkes für sich gewonnen zu haben. Wenigstens bis jetzt war dies nicht der Fall. Die Ehrfurcht vor dem Throne, selbst vor der Person des Monarchen ist eine geringere geworden. Das zeigt unabweisbar die Vermehrung der Majestätsbeleidigungen unter dem neuen Kurs. Es läßt sich darüber eine recht interessante Statistik aufstellen.

Es wurden wegen Majestätsbeleidigungen im letzten Decennium verurtheilt Personen:

Im Jahre	Absolute Zahl		Im Jahre	Absolute Zahl		Im Jahre	Absolute Zahl	
	Auf 100,000 Strafmündige	Auf 100,000 Strafmündige		Auf 100,000 Strafmündige	Auf 100,000 Strafmündige			
1884	381	1,2	1887	540	1,6	1889	488	1,5
1885	375	1,2	1888	554	1,7	1890	509	1,5
1886	402	1,2				1891	524	1,5
						1892	525	1,4
						1893	591	1,6

Die Zahlen sind wohl geeignet, ein dem Haus Hohenzollern ergebene Herz mit Besorgniß zu erfüllen. Und schon sehen wir die conservativen Junker und Agrarier, berufen, um Thron und Altar zu schützen, entrüstet mit den Fingern nach der Socialdemokratie zu deuten: „Du bist es!“ Gemach, ihr Herren!

Die Zahl der Verurtheilungen von Socialdemokraten wegen Majestätsbeleidigung ist relativ äußerst gering, wie man es aus den monatlichen Nachweisungen des Parteivorstandes über die Bestrafungen leicht entnehmen kann. Ja, unsere ganze „strafbare“ Thätigkeit, beziehungsweise ihre staatliche Vergeltung, d. h. die über die Partei jährlich verhängten Strafen, beträgt nicht einmal ein Viertel dessen, was jährlich in Deutschland an Majestätsbeleidigungen verbrochen wird. Dies ist auch sehr erklärlich. Die Interessen, die die Socialdemokratie vertritt, die geschichtliche Mission, die sie erfüllt, sind zu gewaltig, als daß dabei eine einzelne Person, sei sie wer sie will, zum Centralpunkt der Angriffe gemacht werden könnte. Die Könige, einerlei ob sie von Gottes oder von des Volkes Gnaden, sind ein geschichtliches Product und müssen sich dem gesetzmäßigen Entwicklungsgang der Geschichte ebenso unterwerfen, wie der Kleinsten einer.

Wenn aber irgendwelche Partei an der Abnahme des Achtungsgefühls vor dem Monarchen verantwortlich gemacht werden kann, dann giebt es nichts Leichteres, als den Nachweis zu führen, daß es die conservatieve Partei ist. Diese Anhänger der absoluten persönlichen Regierungsgewalt, die so gern mit ihrem monarchischen Gefühl und ihrer Kaiserstreue prunken, thuen es bloß, weil sie in der Monarchie die beste Vertreterin ihrer materiellen Sonderinteressen erblicken. Wenn aber gelegentlich die Regierungspolitik nicht nach ihrem Wunsch geht, dann kehrt sich der Groll gegen die Person des Monarchen, wie früher ihre Hoffnung zu ihm hinaufblickte. Sie erinnern, mutatis mutandis, an die Wilden, die den Götzen, den sie soeben inbrünstig angebetet haben, zerschlagen, weil er ihnen kein Regenerter gemacht hat. Betrachten wir die Zahlen unserer Tabelle: Außer den exceptionellen Jahren 1887 und 1888 — Septembratswahlen, die 100 Tage des Kaisers Friedrich, doppelter Thronwechsel — zeigt das Jahr 1893 die größte absolute und relative Zahl der Majestätsbeleidigungen, besonders auffallend, weil das Vorjahr eine relative Verminderung aufweist.

Was war die Ursache? Nun, das Jahr 1893 ist noch uns Allen in lebhafter Erinnerung. Es war das Jahr des Entstehens des Bundes der Landwirthe. Es war das Jahr, wo Herr Ruprecht schrieb: „Wir müssen es dahin bringen, daß unsere Herren Landräthe nach oben berichten: In den Kreisen der Landwirthe herrscht die größte Unzufriedenheit, so daß ihre früher so regierungsfreundliche Gesinnung in das Gegentheil umgeschlagen ist.“ Es war das Jahr, als die „Kreuzzeitung“ folgendes „Stimmungsbild aus landwirthschaftlichen Kreisen“ brachte: „Wenn die Leute nun fragen: Sie kennen doch den Kaiser, warum litt denn so'n Wirthschaft? Weinen muß man — wenn man darauf schweigen muß, weinen — nicht darüber, daß damit die Socialdemokraten gewonnenes Spiel haben, sondern darüber, in wie erschreckendem Maße die Liebe zu unserem Königshause und zum Vaterlande abnimmt.“ . . . Die Vermehrung der Majestätsbeleidigungen war das Resultat dieser „wählerischen“ Agitation. Aber nicht nur die Majestätsbeleidigungen haben sich in diesem, durch nichts als durch die agrarische Agitation gekennzeichneten Jahre vermehrt, sondern auch sonstige Vergehen gegen den Staat, z. B. „Aufsorderung zum Ungehorsam gegen Gesetze“ von 45 auf 70 Bestrafte, während dagegen die Zahl der Verurtheilten auf Grund des § 131, d. h. besänzen

unter den auf Staat und öffentliche Ordnung bezüglichen Strafgesetzbuchparagrafen, in dessen Maßchen, bei Anwendung einer staatserkhaltenden staatsanwaltschaftlichen Auslegung, die Parteigenossen bekanntlich am meisten sich verfangen, abgenommen hat. Einen besseren Beweis dafür, wie sehr die Junker dazu berufen sind, Gesetze gegen den Umsturz zu schaffen, kann es nicht geben.

Man sieht, es bedarf der Socialdemokratie nicht, um das monarchische Princip zu untergraben. Die Regierung sorgt selbst dafür und die staatserkhaltenden Parteien leisten ihr getreulich Hilfe.

Aber noch in anderer Beziehung ist unser criminalistischer Ausblick lehrreich. Niemand wird behaupten, daß die Person des Landesherren nicht genügend gegen Beleidigungen geschützt sei. Mehr noch vielleicht, als die Zahl der Verurtheilten, beweist dies das verhängte Strafmaß. Es werden jetzt rund 250 Jahre Gefängniß jährlich für Majestätsbeleidigungen verhängt. Ein Vierteljahrtausend Gefängniß durchschnittlich im Jahre — wer glaubt nicht, das wäre genug?! Seit dem Regierungseintritt Wilhelms II. und mit dem Jahr 1895 werden es nicht unter 1900 Gefängnißjahre sein, soviel als seit der Geburt Christi vergangen ist! Aber hilft das? Hat das geholfen? Die Majestätsbeleidigungen mehren sich, wie unsere Tabelle zeigt. Aber wenn man selbst die Majestätsbeleidigungen, die doch allenfalls eine alberne Thorheit sind, hinter der sich keine Interessen bergen, mittelst Gefängnißstrafen nicht ausrotten kann, wie hofft man da, die ganze politische Opposition, hinter der wohl sehr ernste Interessen stecken, ja selbst den Klassenkampf mittelst draconischer Strafbestimmungen vernichten zu können?!

Wir wollen unsere Betrachtungen nicht abschließen, bevor wir den Lesern noch folgende Zusammenstellung mitgetheilt haben: Es betrug die Zahl der Verurtheilten wegen

Im Jahre	Beleidigung des Landesherren	Beleidigung von Bundesfürsten
1888	552	2
1889	483	5
1890	508	1
1891	524	0
1892	525	0
1893	591	0

Sapienti sat! Die es angeht, die die Person des Monarchen in den Parteikampf hineinzerrn, mögen Acht geben!

## Meine officielle Gattin.

Roman von H. R. Savage.

15] (Nachdruck verboten.)

„Ich träumte von der Knute, welche ich um Ihre Willen ertragen mußte“, gab ich grimmig zurück, worauf Helene sich zu Lode lachen wollte; bald aber ward sie wieder ernst und meinte: „Träume bedeuten im Allgemeinen recht wenig — überzeugen wir, während wir frühstücken, unser ferneres Verhalten.“

„Sagen Sie mir zuerst“, knurrte ich, „wo Sie während der Nacht waren?“

„Das werde ich nicht thun“, erklärte sie gelassen, „je weniger Sie von mir und meinen Maßnahmen wissen, um so besser ist's für Sie! Nur soviel will ich Ihnen sagen, daß ich mit der Vollführung der mir gewordenen Aufträge schon recht weit vorgeschritten bin; hier im Hotel glaubt man, ich sei über Nacht bei den Welesky geblieben. Aber Sie essen ja garnicht — versuchen Sie doch diese Forellen, die wirklich köstlich sind.“

„Danke, ich bin nicht hungrig“, knurrte ich.

Die Achseln zuckend, verzehrte Helene ihr Frühstück mit bestem Appetit und dann sagte sie: „Es gilt, einen Entschluß zu fassen; hier sind eine Menge von Einladungen gekommen und es fragt sich nun, ob ich die russische Gesellschaft als Ihre Gemahlin aussuchen soll oder nicht.“

den selben befand sich auch ein Billet der Gräfin Palikin, welchem zwei Einladungskarten für den Ignatieff'schen Ball beigegeben waren.

„Diese Einladungen ablehnen, heißt uns allen möglichen Verächtigungen aussetzen“, meinte Helene nachdenklich, „sie annehmen, birgt andere, aber kaum geringere Gefahren. Was thun?“

„Wie lange müssen Sie hier in der Hauptstadt bleiben?“ fragte ich.

„Im ungünstigsten Fall drei Tage, doch kann ich möglicher Weise schon heute meine Mission beenden.“

„Und würden Sie, sobald dies geschehen ist, bereit sein, Rußland zu verlassen, vorausgesetzt, daß sich uns dazu eine Möglichkeit bietet?“ fragte ich rasch.

„Selbstverständlich — doch scheint es mir leider noch sehr unsicher, daß Sie Mittel und Wege finden werden“, antwortete Helene; der Weg, der in die Stattenfalle führt, ist weit leichter zu entdecken, als es umgekehrt der Fall sein dürfte.“

„Um die Erlaubniß zur Abreise zu erlangen, müssen wir durchaus unverdächtig erscheinen“, äußerte ich, „und es ist dringend nöthig, daß ich an meine Gattin in Paris schreibe, um bedenkliche Complicationen zu verhüten.“

„Ja freilich, daran hatte ich noch nicht gedacht“, nickte Helene, „aber wie wollen Sie das fertig bringen, ohne Verdacht zu erregen?“

„Vielleicht kann ich den Brief durch Vermittelung des amerikanischen Gesandten expediren“, schlug ich vor,

„aber dann bleibt immer noch die Schwierigkeit mit meiner Tochter.“

„Sie darf einstweilen nicht hierher kommen“, entgegnete Helene.

„Aber wie soll ich's hindern? Sobald die Kleins wieder gesund ist, wird sie die Reise antreten — wüßte sie, daß ich hier bin, dann käme sie sofort und es ist ein wahres Glück, daß Welesky mir gestern sagte, er und seine Frau hätten Marguerite absichtlich nicht von meiner bevorstehenden Ankunft benachrichtigt, um mir die Freude nicht zu verderben.“

„So telegraphiren Sie Ihrer Tochter, Sie würden nach Asien kommen, um sie dort aufzusuchen, und versparen Sie alles Weitere auf mündliche Mittheilungen.“

„Das ginge vielleicht“, sagte ich aufatmend, „Zeit gewonnen, heißt in diesem Fall Alles gewonnen! Aber wie wollen wir's mit den Welesky's halten?“

„Ich werde sie jedenfalls besuchen — es zu unterlassen, wäre bedenklich. Ich glaube überhaupt, daß unser bester Schutz in dem ungehinderten Verkehr mit den sich uns erschließenden höchsten Kreisen liegt.“

„Sie mögen Recht haben“, gab ich zu, „aber behalt halb sind wir doch in der Falle.“

„Davon abzusehen, dürfte es angezeigt sein, wenn Sie mich möglichst genau über Maximeritens Stellung und Verhältnisse informieren wollten“, jagte mein Schwager, die Welesky's würden sich wundern, wenn ich nicht in Allem an fait wäre.“

### Politische Rundschau.

Durch die Ablehnung der Umsturzvorlage hat die Regierung unlegbar eine schwere Schlappe erlitten. Die Torslosigkeit der „leitenden Kreise“, denen die feste Hand, die sichere Führung, die Einseitigkeit des Handels fehlt, springt in die Augen, und als das Ministerium der Niederlagen darf füglich das Cabinet Hohenlohe bezeichnet werden. Aber, so fährt unser Leipziger Bruderorgan treffend aus, man verhehle sich nicht, wie dies innere Jena der Reaction zu Stande kam. Weil die einflussreichen Parteien unter sich und mit der Regierung nicht handelseins werden konnten, weil das Schachergeschäft sich zerschlug, weil trotz der aufrichtigen Lust nach Compromissen keine Vereinbarung zu Stande kam. Diesmal in dieser Gestalt! Nicht principielle Beweggründe, sondern solche der Opportunität gaben für die Bourgeoisie im Parlament und im Lande den Ausschlag, und der Wechselbalg mußte elend sterben, da er in einer Herkules Haut steckte. Die Socialdemokratie, die gegen jedes Ausnahmefehl ist, hat allein, sehen wir von einer kleinen Gruppe bürgerlicher Ideologen ab, die Umsturzvorlage in der Capriotti'schen Lesart und in der Orsini'schen von Haus aus grundsätzlich bekämpft, mochte man sie allein oder auch bürgerliche Freunde dem Holzstoß der Polizeigesetze überliefern. Unsere Partei hat alle Ursache, sich des Sieges der öffentlichen Meinung über die Anschläge gefährlicher Widersacher zu freuen. Sie hat ihr geschüttelt und gerüttelt volles Maß dazu beigetragen durch die Agitation, die sie unter dem Volke durch ihre Presse, ihre Flugblätter, ihre Versammlungen entfaltete, durch die Kritik, die ihre Vertreter im Parlament, als unbeschnittener Erster der Abgeordnete Signar Auer mit seinen zwei bedeutenden Reden, an dem Entwurfe geübt haben. Aber es hiesse unsere Stellung und unsere Kräfte überschätzen, wollten wir heute uns berümen, daß wir allein die Siegespalme davongetragen hätten. Niemals ist es mehr geboten, den Muth der Kaltblütigkeit zu bewahren und die Klugheit der Selbstbeherrschung zu üben, als in den Freudentagen politischer Gewinne. Eine tiefe, im kleinsten Flecken wahrzunehmende, Volksbewegung, die sich nicht auf die socialistischen Elemente beschränkte, die weit hinübergreift in die Bezirke des Besitzes bis zu den oberen Zehntausend, hat das Erbstück aus der Hinterlassenschaft des Mannes ohne Ar und Halm über den Haufen geworfen. Ist diese Gefahr auch aus dem Wege geräumt, so sind wir doch nicht vor Ueberraschungen sicher. Verblendete Gewaltthäter greifen zu immer einschneidenderen Maßregeln, und die Zwangspolitik ist nun einmal das A und O germanischer Staatsklugheit. Vergriff man sich diesmal in der Form, es giebt auch andere Wege, zum Ziele zu gelangen. Und dann demonstrieren die Protestler von heute in ihrem blinden Hass gegen das arbeitende Volk für ein verächtliches Socialistengesetz. Aus den Petitionstürmen vom Mai 1895 können in der Herbstsession Vorführer einer neuen Decemberbande, Landtsknechte des Staatsreiches werden. Das allgemeine Wahlrecht ist in Gefahr, gegen die letzten

Volksrechte richten sich die Stumm und Manteuffel. Zählen wir unsere Streiter, organisiren, agitiren, wirken wir für die große Sache, lassen wir uns nicht zur Ueberschätzung der Situation und nicht zu falschen Schlüssen verleiten! Kaltes Blut ist Trumpf. Hochgespannt sind die Spannungszustände der socialen und politischen Atmosphäre, und die Feinde der Freiheit werden nichts unterlassen, was die Masse herausfordern könnte. Die Socialdemokratie wird sich nicht provoziren lassen, wird sie doch auf legalem Wege „dic und fett“. Vorwärts geht es trotz alledem, und eine Etappe auf der Bahn zum Ziele ist auch der 11. Mai 1895.

— Große Entrüstung soll auf der rechten Seite des Reichstages geübt haben, als Herr v. Köller mittheilte, der Abg. Stadthagen hätte in einer Volksversammlung vorgeschlagen, als Inschrift am Reichstagsgebäude die Worte zu nehmen: „Hier zahlt man die höchsten Preise für Lumpen.“ Diese Aeußerung ist bekanntlich in einem ganz anderen Sinne erfolgt, aber selbst, wenn Herr v. Köller mit seiner Darstellung recht hätte, dürften die Herren Conservativen sich noch durchaus nicht auf das hohe Pferd der sittlichen Entrüstung setzen. Die „Berl. Zig.“ bemerkt zu dem Vorkommniß treffend: „Weber Herr von Köller noch die Psittirifer scheinen sich zu erinnern, daß es bei der letzten Parade des Bundes der Landwirthe im Feenpalast war, wo ein Redner den sinnigen Vorschlag machte, die Inschrift zu wählen: „Vor Taschendieben wird gewarnt!“

— Die schneidigen parlamentarischen Leistungen des neuen preussischen Polizeiministers, Herrn von Köller, finden selbst in seinen eigenen Kreisen nicht den erhofften Beifall. Dem guten Manne wird sogar in dem conservativen „Volk“ das Zeugniß ausgestellt, das seine Rede vom Donnerstag „den Socialdemokraten viel genügt habe. Fast jeder Satz läßt sich von einer gewandten Kritik zerpflücken. Bebel konnte aus ihr den wirksamsten Stoff für seine Rede entnehmen.“ Herr v. Köller habe sich recht abfällig über parlamentarische Mehrheiten geäußert, wie Fürst Bismarck dies gelegentlich auch gethan habe. „Aber Köller ist nicht Bismarck, und um so verächtlich über die Mehrheit der Abgeordneten zu sprechen, muß man doch selbst diese Mehrheit geringfügig übertreffen.“ Was Herr von Köller allerdings thut.

— Der Antrag Kanitz fordert keine Opfer unter den — Landräthen, die da glaubten, sich auch eine Politik gegen den ausgesprochenen Willen der Regierung gestalten zu können. Landrath von Heydebrand und der Laja, der conservative Landtagsabgeordnete, will, wie das „Volk“ sich von demselben bei beständigen Lassen, sein Amt niederlegen. Er sei vorläufig schon beurlaubt. Als Grund seiner Amtsniederlegung werden dem „Volk“ Gesundheitsrückichten bezeichnet. Doch deutet das Blatt zugleich an, daß Herr von Heydebrand ein Opfer des Antrages Kanitz geworden sei, weil er für diesen Antrag im Abgeordnetenhaus sich besonders ins Zeug gelegt habe. Nach demselben Blatt soll auch der Abg. v. Kardorff, der vom Landrathsamt in Dels zurücktritt, nicht freiwillig gehen, sondern ebenfalls ein Opfer des Antrages Kanitz sein, wegen seines parlamentarischen Eintretens

für denselben. Darob herrscht im Lager der Agrarier natürlich große Betrübnis und Empörung.

— Der Krieg gegen die Margarine kommt jetzt in Fluß. Die agrarischen Abgg. von Dallwig, Baron v. Gustedt-Dablack, Graf v. Holstein, v. Blög, v. Bobbielski, Rettich haben den von der freien wirthschaftlichen Vereinigung des Reichstages aufgestellten Entwurf eines Gesetzes über Herstellung und Handel mit Butter, Schmalz, Margarine, Speisefetten und Käse als Antrag eingebracht. Der ganze Gesetzentwurf zielt darauf ab, die Herstellung und den Handel mit Margarine zu erschweren und der Bevölkerung den Margarinegenuß zu verwehren. Und das alles, weil die Herren Großgrundbesitzer in der Margarine eine Concurrenz für die Naturbutter sehen und einiges am Profit einzubüßen fürchten. Daher denn die erstaunliche Sorge um Treu und Glauben im Butterhandel und ihre Sorge für das liebe Publikum, daß es nicht irgendwo einmal für sein schönes Geld Margarine statt Butter angeschmiert bekommt. Wir wollen einige Bestimmungen des Gesetzentwurfs hervorheben:

Das Salzen wie das Färben der Butter ist gestattet; dagegen ist jeglicher Zusatz eines anderen Fettes zur Butter verboten. — Das Färben der Margarine sowie der zur Verwendung zur Margarine kommenden pflanzlichen und thierischen Fette ist verboten. — Der Verkauf und die Aufbewahrung von Margarine darf nicht in solchen Geschäftsbetrieben stattfinden, wo a) Naturbutter, Butterschmalz und Schmalz oder b) Kunstfette verkauft werden. — Die Geschäftsräume und Verkaufsstellen, in denen Margarine feilgehalten wird, müssen an in die Augen fallender Stelle die deutliche, nicht verwischbare Inschrift tragen: „Verkauf von Margarine“. — Die Gefäße und äußeren Umhüllungen, in welchen Margarine gewerbsmäßig verkauft oder feilgehalten wird, müssen an in die Augen fallender Stelle eine deutliche, nicht verwischbare Inschrift tragen, welche die Bezeichnung „Margarine“ enthält. — Wird Margarine in regelmäßig geformten Stücken gewerbsmäßig verkauft, so müssen dieselben von Würfelform sein, auch muß denselben die vorbezeichnete Inschrift eingedrückt sein. — Bäcker und Conditoren sind verpflichtet, sofern sie Margarine und Kunstfette zur Herstellung ihrer Backwaaren verwenden, dies durch Anschlag in ihren Back- und Verkaufsräumen bekannt zu machen. — Mit Gefängniß bis zu 6 Monaten und mit einer Geldstrafe bis 1500 Mark, soweit nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine höhere Strafe verhängt ist, wird bestraft, wer zum Zweck der Täuschung im Handel und Verkehr 1. zur Herstellung von Butter, Butterschmalz und Schmalz, Margarine oder Kunstfette zumischt, 2. zur Herstellung von Margarine, Butter, Butterschmalz und Schmalz oder Kunstfette zumischt, 3. zur Herstellung von Käse, Margarine oder Kunstfette zumischt. — Urtheile in Gemäßheit dieses Paragraphen sind von der Polizei unter Angabe des Namens der Schuldigen und der Art des Vergehens bekannt zu machen in einer in dem betreffenden Bezirke am meisten verbreiteten Zeitung.

Wie merkwürdig, daß den Großgrundbesitzern das Färben der Butter erlaubt, den Margarinefabrikanten das Färben der Margarine verboten sein soll. Welche Erscheinung des Verkehrs, daß Butter und Margarine nicht in denselben Geschäften verkauft werden darf. Wie unerhört die Strafen bis zu sechs Monaten Gefängniß für das einfache Vermischen von Butter und Margarine! Auch wir haben nichts dagegen, wenn die Nahrungsmittelpolizei streng gehandhabt und die Bevölkerung vor Verfälschung der nothwendigen Nahrungsmittel beschützt wird, und deswegen hatten wir gegen verschiedene der vorgeschlagenen Maßnahmen

Auch dies mußte ich zugeben, und so inspirirte ich denn Madame Weisheit sehr eingehend. Ich sagte ihr, daß Constantine Belezky meine Gegenwart gewünscht habe, um mit mir über Marguerite's künftige Position zu verhandeln; die Bestimmungen, die Basil hinsichtlich seiner großen Besitzungen getroffen, waren nicht durchweg klar und mannschaftbar, und Constantine wünschte die junge Wittwe, die er liebgewonnen hatte und hochschätzte, vor den Ansprüchen und Belästigungen habgieriger Anwartschafter zu schützen. Aus diesem Grunde war ihm Marguerite's verlängerte Abwesenheit sehr erwünscht und er hoffte, bis zu ihrer Rückkunft mit meiner Hilfe Alles geordnet zu haben. Alles dies sagte ich Helene ansehnlich und schloß mit der Mahnung, möglichst wenig davon zu reden, daß sie eine geborne Banderbühl-Witwe sei, denn ich mußte mir im Stillen sagen, daß nicht jeder diese Mittheilung so vertrauensselig aufnehmen werde, wie ich es leider gethan.

Etwa eine Viertelstunde später verließ ich in Begleitung meines schönen Rößchens das Hotel und den Newsky'schen Hinabsteiger, machten wir an einem Droßky'schen Standplatz Halt. Helene winkte dem Leuter eines gelassenen Wagens, wechselte einige Worte in russischer Sprache mit ihm und befohl ihm nach dem amerikanischen Gesandtschaftsgebäude zu fahren. Dort angelangt, sandte ich meine Karte hinein; der Geheime Rath war nicht erreichbar, indeß erhielt ich durch die Vermittelung des Legationssecretärs einen aus Paris für mich geschickten Brief, den ich ungelesen ein-

steckte. Dierant hat ich den Secretär um eine kurze Unterredung und fragte ihn im Lauf derselben, ob ich durch die Legation Briefe nach Paris befördern lassen könne.

Der Secretär hörte mich ruhig an und sagte dann bedauernd: „In diesem Fall kann ich Ihnen leider nicht dienen. Vor einiger Zeit kam die freilich durchaus unbegründete Verdacht auf, daß nihilistische Schriftstücke von der Beamten einer kleinen Gesandtschaft mit anderen Dokumenten ins Ausland befördert worden seien, und daraufhin gab der Doyen des diplomatischen Corps Herrn v. Giers im Namen sämtlicher hier domicilirten Legationen die Zusicherung, daß fortan keinerlei Privat-Correspondenz mehr durch Vermittelung der Gesandtschaften ins Ausland gehen würde. Nur dadurch konnten wir der Falschheit vorbeugen, unsere verpackten und plombirten Postbeutel außer Cours gestellt zu sehen und jeder Zeit eine polizeiliche Durchsichtung unserer Correspondenz zu gewärtigen. Die aus dem Ausland bei unserer Gesandtschaft einkommenden Privatbriefe unterliegen keiner Beschränkung und wenn ich Ihnen sonst irgendwie dienen kann, soll es sehr gern geschehen.“

Ich dankte dem Herrn, bei ihm noch, mir einen wichtigen Abschied zu empfangen, und verabschiedete mich, nachdem er dies gethan, dankend.

„Ist etwas nicht in Ordnung?“ fragte Helene helzig, als sie meine verstimmt klingende Stimme vernahm. Ich erzählte ihr, was ich erfahren; sie blickte einen Augenblick nach und sagte dann lechzend: „Ich werde Rath

schaffen, lassen Sie uns jetzt aufs Telegraphenamt fahren.“

Dort angelangt, sandte ich folgende Depesche an Marguerite:

„Heute hier eingetroffen. — Adresse: Legation der Vereinigten Staaten. — Bleibe einstweilen in Kasan, ich werde Dich in aller Kürze dort besuchen. Brief folgt bald. A. R. Lenox.“

„So“, sagte ich, als ich wieder in der Droßky'schen, eine Gefahr wäre abgewendet und nun möchte ich einen Brief aus Paris, den ich vorher erhielt, ungelesen lesen und auch dann gleich beantworten, an Marguerite muß ich ebenfalls schreiben.“

„Gut — verlassen Sie sich auf mich“, sagte Helene, worauf sie dem Russen eine Adresse zurief. Der Russen blickte sie lächelnd bestürzt an, murmelte einige vernehmlich zustimmende Worte und fuhr nun in raschem Trab durch alle möglichen Straßen und Gassen. Wir passirten die Kirche von Kasan, die Staatskirche, Paläste, sowie Plätze, Brücken, Monumente und kleine Hüten; von Zeit zu Zeit blickte unser Jeshu fortwährend nach rechts und nach links und endlich, nachdem wir eine Straße von zwei Meilen durchquert hatten, bog er in eine Seitengasse ein und hielt vor einem kleinen Laden, über dessen Schaufenster die Inschrift groß zu lesen war: „Le Bran, Modes de Paris.“

Hier liegen wir aus: Helene befohl dem Russen, nach Verlauf von zwei Stunden wieder zu kommen. (Fortsetzung folgt.)

B. die genaue Bezeichnung des Inhalts der Fässer zc. nichts einzuwenden. — Sehr bemerkenswerth ist es aber doch, daß die Herren Großgrundbesitzer sich des Volkswohles und der Volksgesundheit nur erinnern, wenn es ihren Profit zu vergrößern gilt, daß sie aber auch lediglich ihren Profit im Auge haben, wo das Einkommen desselben mit einer Sorge für das Volkswohl und die Volksgesundheit nicht vereinbar ist, — B. bei den Getreideböllen.

Ueber Wahlmogeheiten in Dissen (Wahlkreis Denabrück Burg), begangen von einer national-liberalen Ordnungspartei, berichtet der „Volkswille“: Die gegen unser Orts-Oberhaupt Westendarp eingeleitete Untersuchung wegen der bei der Stichwahl im Jahre 1893 vorgekommenen Unregelmäßigkeiten nimmt einen für Herrn Westendarp ungünstigen Verlauf, was von den Nationalliberalen, deren Vertrauensmann er bei der Wahl war, nicht gerade angenehm empfunden wird. Nach dem Wahlprotokoll haben von den 593 Wahlberechtigten 573 ihr Wahlrecht ausgeübt, also nur 20 von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht, während jetzt bereits gegen 40 Wähler erklärt haben, daß sie an der Wahl nicht theilgenommen, und noch täglich melden sich neue Zeugen. Auch im Uebrigen scheinen bei der Ermittlung des wahlberechtigten Personals keine Schwierigkeiten zu sein. Bei der Hauptwahl wie auch bei der Stichwahl wurden für den Welfen zwei Stimmen gezählt, während jetzt sieben Wähler durch ihre Unterschrift bezeugen, daß sie v. Scheele gewählt haben. Auf den Genossen Bebel entfielen bei der Hauptwahl nur 16 Stimmen — dreißigzwanzig Wähler haben durch Unterschrift befundet und noch weitere 15 erklärten mündlich, daß sie für Bebel gestimmt. Wie war nur ein solcher Irrthum möglich? Die Untersuchung wird hoffentlich auch hierbei Klarheit schaffen. Daß diese Irrthümer vorgekommen, darüber grämen sich die Nationalliberalen nicht; wenn nur die fatale Untersuchung nicht wäre!

Im 14. württembergischen Reichstags-Wahlkreis geht die Wirthschaftspartei bei dem Centrum auf den Stimmbettel. Der Vorstand der Wirthschaftspartei richtete an den Reichstagsabgeordneten Gröber die Anfrage, ob es das Centrum nicht für angezeigt erachte, statt den Socialdemokraten die Entscheidung der Stichwahl zu Gunsten des freihändlerischen Demokraten in die Hand zu geben, die gelübte Wahlenthaltung aufzuheben und den Ausschlag durch die Wähler des Centrums zu Gunsten ihrer eigenen Sache zu geben. Gröber hat nun diese Bittellei dahin beantwortet, daß das Centrum nach wie vor Stimmenthaltung proklamiren werde, und wird wohl das Mandat in die Hände der Volkspartei übergehen.

Noch ein erledigter Reichstags-Abg. Aus Metz wird der „Frankfurter Zeitung“ das Folgende berichtet: „Der Reichstagsabgeordnete für Metz, Dr. Haas, weilt gegenwärtig in Berlin, um bei der zweiten Lesung der Umsturzworlage im Sinne des Centrums seine Stimme abzugeben. Unmittelbar nach Schluß der Session wird er sein Mandat niederlegen und nach Frankreich verzehren.“ Dr. Haas, der als Kandidat kandidirt hatte, wurde mit 9895 Stimmen gegen Liebkecht, der 3458 Stimmen erhielt, und gegen einen antisemitischen Candidaten, auf den 3407 Stimmen entfielen, gewählt.

Zur Kennzeichnung des Agrarierthums und seiner Unverfrorenheit leistet ein in der Brauntweinsteuer-Commission staltgehabter Zwischenfall nützliche Dienste. Auf eine Rede des Genossen Wurm, der die Schädigung der Genossenschaftsbrennereien hervorhob, während man mit allen Mitteln sonst landwirthschaftliche Genossenschaften fördere und insbesondere den Rückgang der süddeutschen Brennereien betonte, erwiderte Graf Mirbach damit, den süddeutschen, besonders den bayerischen Brennern Begehrlichkeit vorzuwerfen, was sich im Munde eines Agrarierchefs gewiß bedeutend ausnimmt: Ihm replicirte mit großer Schärfe der bayerische Regierungsvertreter, welcher zahlenmäßig bewies, wie durch das Gesetz von 1887 die süddeutschen Brenner geschädigt wären. Graf Mirbach wurde gezwungen, seine beweislose Behauptung zurückzunehmen, obwohl er bemerkte, blos der Censur des Vorsitzenden der Commission zu unterliegen. Dieselben Herren, die für sich immer neue Forderungen begehren, sind sofort bereit, Anderen Begehrlichkeit vorzuwerfen, wenn diese sich nur dagegen wehren, zu Gunsten der offenkundigen Junker benachtheiligt zu werden. Dem Geldbeutelinteresse der Junker haben sich alle anderen Interessen unterzuordnen, müssen auch die schwersten Nachteile ertragen werden — das ist feststehender Glaubensartikel der Agrarier. Wer dagegen nur murr, gehört zu den Begehrlichen. Das ist dieselbe Praxis wie die des schreienden Diebes, der am lautesten ruft: Haltet den Dieb!

Die „Reinigung“ der italienischen Wählerlisten soll die Gesamtzahl der Wähler um nahezu 40 Proc. vermindert haben. In einigen Landesheilen ist die Zahl der Stimmberechtigten gar auf weniger als die Hälfte zusammengeschmolzen. Dies gilt insbesondere für die Insel Sicilien. Wie die Crispi'schen „Reinigungs“-Commissare dort gehandelt haben, wo man am Meisten den Jorn des Volkes wegen der ministeriellen Schandwirthschaft fürchtet, zeigt u. A. der Bericht des nach Bronte, einer Stadt der Provinz Catania entsandten königlichen Commissars. Bronte zählt 18,000 Einwohner, wovon 2847 Bürger als wahlberechtigt in die Listen eingetragen waren. Davon hat die „Reinigung“ nur 525 übrig gelassen; die anderen wurden gestrichen, weil sie angeblich nicht die vorgeschriebene Steuer bezahlt hatten oder nicht lesen und schreiben konnten. Auf der ganzen Insel Sicilien sind auf diese Weise im Ganzen 80 Procent der in den Listen vermerkten Wähler als „nicht berechtigt“ gestrichen worden.

Wo die Regierung der Volksmassen noch einigermaßen sicher zu sein hofft, hat man die „nichtberechtigten“ Analphabeten natürlich ruhig in den Listen stehen lassen.

So hofft Herr Crispi eine Kammer zusammenzutreiben, die mit seinen Schandthaten nicht allzu scharf in's Gericht geht. Hoffentlich ist die verbliebene zusammengestrichene Wählerschaft doch noch genügend corrumpt, um dies Schandstück schurkischer Politik gelingen zu lassen.

Unser Nachbarstaat Dänemark bietet einen trefflichen Nachweis dafür, wer eigentlich bei gewissen Ausnahmezuständen im Staate seine Rechnung findet. In der letzten Zeit sind in den größeren Provinzialstädten Dänemarks von einer Anzahl Staatsbeamten, zum Theil sehr hoch gestellten, große Unterschlagungen und Verstrügereien verübt worden. Mehrere Directoren öffentlicher Sparbanken haben sich, um der Verhaftung zu entgehen, das Leben genommen, andere sind geflüchtet. Ein dortiges Blatt hat berechnet, daß in den Jahren 1885—1893, in welchen das „provisorische“ System (die Dictatur des Systems Estrup) herrschte, die öffentlichen Kassen durch Staatsbeamte um 2 1/2 Million Kronen bestohlen worden sind. Es ist nicht uninteressant, dies zu constatiren in einer Zeit, da die sogenannten „Stützen“ der Gesellschaft so gewaltig gegen die „Umsturzpartei“ agitiren. Diese „Stützen“ scheinen wirklich recht faul zu sein. Es ist eine alte, längst bekannte Erscheinung, daß unter despotischem System — sei es nun verschleiert oder unverschleiert — die günstigste Gelegenheit für die an der Krippe Sitzenden besteht, sich die Taschen zu füllen. In Dänemark wurde einfach unterschlagen; anderwärts rechnet man über gewisse Fonds einfach nicht ab und „verbrennt die Quittungen“, schenkt auch Schwiegervätern von Ministern u. s. w. größere oder kleinere Summen.

Eine der größten Curiositäten im englischen Heerwesen ist die Thatsache, daß der Herzog von Cambridge, ein Vetter der Königin, ein Greis von 76 Jahren, als Höchstcomandirender noch an der Spitze der englischen Armee steht. Militärische Autoritäten im Inlande und ausländische Fachleute machen sich seit Jahren lustig über die königliche Hoheit, die als Chef der Armee ein hohes Salair bezieht und zugeständenermaßen daran Schuld trägt, daß das englische Heerwesen das Gespött der civilisirten Welt ist. Nun ist dieser Tage wieder einmal das Gerücht aufgetaucht, daß die königliche Hoheit, die das Witzblatt „Punch“ gelegentlich auf einem Skepper unter einem Regenschirm sitzend bei einer Revue darstellt, von seiner Stelle zurückzutreten gedenkt. Diese Nachricht tritt seit Jahren regelmäßig auf, wenn irgend ein großer Unfug in der Armee vorfällt, der auf des Herzogs Störrigkeit zurückgeführt werden kann, oder wenn das Budget des Jahres für das Heerwesen besonders hoch beläset wird. Denn es wird behauptet, daß in der Verwaltung der Armee, die im Vorjahr in runden Zahlen 360 Millionen Mark verschlang, etwa 40 Millionen erspart werden könnten, wenn der Herzog von Cambridge die Gemüthsart hätte, den Platz zu räumen. Aber die königliche Hoheit will nicht gehen. Bei früheren Anlässen hat er es öfterlich wiederholt gesagt, daß er sich für unentbehrlich halte, daß die Armee seiner Erfahrungen nicht entbehren könne, dieses Amt hat ein Prärogativ dem Herzog bei zweifelhaften Dienst geleistet. Im „Globe“ konnte man dieser Tage lesen, daß der Herzog gar nicht daran denkt, zu gehen. Nun haben aber Prärogative von ganz verschiedenem politischen Standpunkt, die „Times“, der „Spectator“ und das „Daily Chronicle“ am Kreuzweg gegen das Bestehen des Herzogs an der Spitze der

Armee theilgenommen, so daß es sich nicht um ein zufälliges Aufflackern der öffentlichen Entrüstung, sondern um einen combinirten Angriff gegen den Herzog als Institution handelt! Thatsächlich sind es zwei Gründe, die den Höchstcomandirenden veranlassen, sich an seine Stelle zu klammern mit Leibeskraft. Wie alle Prinzen seiner Klasse liebt er das Geld, und sein Amt bringt ihm viel ein. Zweitens ist er der Ansicht, daß die Armee von einem Prinzen von Geblüt commandirt werden müsse — gerade wie vor Zeiten ein Prinz von Geblüt Chef der Marine war. Er bleibt, um, wie er wähnt, der Monarchie einen Dienst zu leisten. Er hoffte sogar, daß das Princip, das er vortritt, auch nach seinem Tode fortbauern werde, und daß der Herzog v. Connaught, der dritte Sohn der Königin, der in Indien ein hohes Commando bekleidete und jetzt in Aldershot commandirt, seine Stelle erhalten werde. Nun hat aber schon vor Jahren ein vom jetzigen Herzog von Devonshire geleiteter Ausschuß einmüthig die Abschaffung des Postens beschlossen, den der Herzog von Cambridge inne hat; bei seinem Tode soll überhaupt das ganze Armeewesen reorganisiert werden. Bekanntlich hat sich der Herzog mit dem seiner Familie eigenen Starrsinn von jeher gegen alle und jede Reformen im Armeewesen aufgelehnt und schreiende und kostspielige Mißbräuche beibehalten, die die öffentliche Meinung verurtheilt. Aber die Hannoveraner haben ein zähes Leben, und es ist nicht überraschend, wenn das englische Volk den schreiendsten und kostspieligsten und nutzlossten aller Mißbräuche in der Armee, den Höchstcomandirenden selbst, aus dem Wege wünscht.

Quittung.

Im Monat April gingen bei der Parteikasse folgende Beiträge ein: Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kr. 300,— (darunter durch W. Schüler 17,20, A. R., Kurfürstenthr. 41 5,—, Bockbrauerei, Kaffeeküche 10,—), 3. Kr. 2000,—, 4. Kr. (Dit) 1000,— (darunter: Ueberichuß v. Matinee 10 2, bei Keller 100,—, Kernspitze 50,—, Tischler G. 20,—, J. R., Grüner Weg 6,—, Werkstatt Wolter, Büchlingstr. 7 10,—, durch Späth 1,—), 4. Kr. (Südost) 1013,65 (darunter St. 28 12,—, an Stelle eines Märzkranzes St. 6,75, Südost 100,—, Bismarckfeier 1,25, S. J. 2,50, Stb. 50 18,—, Amerit. Auct. 4,—, Streichholzschachtel 7,85, Lotterie-Ueberichuß 7,50, Rothe Einsegnung 2,20, Märzkranz-Ueberichuß von den Arbeitern der Firma Grauert in Stralau 5,80, Pfaffische Fabrik —, 98,—, 6. Kr. (Schönhäuser Vorstadt) 400,— (darunter vom Personal der deutschen Hutfabrik 40,—, Ueberichuß der „Vorwärts“-Expedition 58,69), 6. Kreis (Oranienburger Vorstadt) 700,— (darunter Ueberichuß der Parteipedition Wedding 1. Quartal 221,50, Ueberichuß der Protestk. d. J. d. T. 10,—), 6. Kr. (Moabit) 300,— (darunter Ueberich. vom „Vorwärts“ Moabit 100,—, Stromstr. 5 1,—, Schäfer, Alt-Moabit 1,—, Pfeifer, Lübeckstr. 28 —, 60,—), 6. Kr. (Rosenthal, Vorst. u. Gesehndbrunnen) 800,— (darunter Ueberich. der Parteipedition 99,60, A. S. 1,—), Berlin div. Beiträge: P. S. 50,—, A. B. 50,—, Dr. C. A. 20,—, Tischlerwerkstatt v. Wiehr, Friedenstr. 47, Bierprocente 10,—, Sängerkreis 11,70, P. S. 5, Hollmannstr. 3,—, Kr. M. 3,—, D. B. 20,—, M. B. 75,—, J. B. 25,—, Zimmer 3,90, C. J. in R. 3,—, Rothe Pfeifenbrüder aus dem äußersten Norden 10,—, D. Bauer 3,—, Rothe Buchbinder, Grünstraße 5,—, Von einer Genossin 1,50, Gesammelt im Paradies 100,—, Dr. Z., 2. Rate 100,—, Sächsischer Genosse in Moabit 20,—, Pöpsch 25,—, Rother Baum 363,—, Rothe Jugendfeier v. J. F. 1,70, Geburtstagsfeier, Leisingstraße, 1,15, Rothe Hochzeit, Brandenburgstr. 52, 1,15, Rothe Hochzeit, Brandenburgstr. 52, 1,50, Werkstatt Weichardt 3,—, Jugendaufnahme bei Müller, Friedrichsbergerstraße, 3,—, A. S. —, 50,—, Vom Genossen Theue 10,—, Preisendruher Ruda, Köpenick, 21,— (darunter Ueberich. v. Proletarierleben 6,—), Bierprocent Israel, Prinzenstraße 25, 15,50, Tellerammlung der Köpfer, Steinmeßen, Dachdecker am 1. Mai 17,55, P. S. 1,50, Von den Halbtodten in der Heimstätte Heinersdorf anlässlich der Feier des 1. Mai 1,95, Jugendbund, März-April 14,—, Geburtstagsfeier bei Krüger, Stallschreiberstraße, 3,95, Bremerhafen, von Genossen 50,—, Von der scharfen Ecke 3,—, Summa 53,—, Voppar 3,—, Brandenburg, P. und G. 6,—, Brandenburg, 9 Wödenmacher, 1 Schneider 3,20, Breslau, rothe Hochzeit Fr. Wilhelmstraße d. B. 1,50, Cottbus, S. 10,—, Chemnitz amerikan. Auct. eines Matzeichens in Eckhardt's Restaurant 6,—, Deutsche Schuhfabrik 100,—, Delitzsch, sibirische Hochzeit bei Bude 3,85, Eupen, Kornblume 20,—, Erfurt 57,— (darunter, rothe, Flasche 7,—), Eberfeld 300,—, Eifel 20,—, Elßaß, Chemikus 5,—, Forst i. L., Versammlung d. A. S. 25,—, Falkenberg (Oberh.) 1,—, Falkenstein i. B. 14,55, Friedrichsberg 10,—, Fulda, v. 2 Sabbathshändlern des 1. Mai's 5,—, Genßin, rothe Mitglieder der Ortskrankenkasse der vereinigten Gewerbe 2,46, Garmisch i. S. A. B. 50,—, Hannover 500,—, Hamburg, Ueberichuß von der Wahl 1893 370,91, Hamburg von 2 rothen Rabenköpfen Gr. Neumarkt 38, 1,80, Harburg, v. einer rothen Geburtstagsfeier 4,20, Harburg, rothe Bahnarbeiter, Matzeier 11,—, Hamburg die zweite Hälfte des Tageslohn v. 1. Mai der Setzer des Hamb. Echo 119,—, Jäger, von den rothen Cigarettenarbeitern 11,—, v. rothen Soldaten —, 50,—, Sa. 11,50, Jünnau, socialdemokratischer Nachhülfer 3,50, Königsherg, R. M. 20,—, Königsherg i. S. 2,—, Köpenick, v. M. 2,—, Rede, amerikanische Auction, Gesehndbrunnen 10,—, Süd 300,—, Vöran 50,—, Venggenfeld i. B., Fray der Matzeier 6,—, Vichtenstein-Gallenberg 10,—, Vöderburg, gel. von 5 Parteigenossen am 1. Mai 2,50, Mann im Mond 375,—, Magdeburg, amerit. Auct. d. d. Ausflug der Schützengilde 18,—, Müßen St. Michel, Referbisten und Landwehrleute 2,25 rote Kindtaufe 0,75,

Sa. 3.— Mylau i. B., gef. in einer rothen Bude zu Bismarck's Geburtstag von J. B. 10,25. Magdeburg 400,—. Mehlis P. F. B. 3,30. Neuendorf b. Newawes 2,—. Neubamm, zielbewusste Genossen 4,—. Ohligs, rothe Kindtaufe 4,40. Offenbach i. B., von der Gesellschaft 10,—. Osterwid a. H., B. 3,30. Pirna, gef. bei einem Faß Bier durch 2, 1,10. Paris, v. Genossen 40,—. Plauen i. B., von „grünen Jungen“, die beim Bismardrummel nicht illuminirt haben 2,—. Potsdam, Malianmlung von 12 rothen Schriftgebern 7,30. Richzenhain bei Waldheim, von Genossen 30,—. Rirdorf, Puzer, Treptowerstraße 4, 4,50. Stollberg i. G., F. zur Fahne roth, treu bis in den Tod 2,—. Schöneberg, Geburtstagsf. am 2. Feiertag im Locale von Klein 2,15. Schwiebus, gef. am Ofterfest 2,35. Schwiebus B. 3,30. Striegau 20,—. Saargemünd, Ueberichuß der Kaiserin 6,50. Schmiedeberg in Schlesien, Kaiserfest auf dem Hiesengebirge 2,70. „Vorwärts“, 1. Quartal 1895 11 043,75. „Vorwärts“ - Buchhandlung 4000,—. Begefac, gesammelt bei einer Geburtstagsfeier 1,70. Bogtsberg b. Delsnitz, Ueberbleibsel v. einem aufgel. Gesangsverein 1,—. Beizenjer, gesammelt zum Geburtstag der alten Kakerlaxte 1,45. Wilmersdorf, Geselleneintand Steinmehl. Kämpfer 2,50. Werbau, rothe Kindtaufe bei Kalkofen 8,50.

In der Quittung in Nr. 84 des „Vorwärts“ vom 9. April d. J. muß es unter den div. Berliner Beiträgen nicht heißen: Ueberichuß v. „W. J.“ v. C. T. A. u. Co. 3,—, sondern v. C. F. K. u. Co. 3,50. Berlin, den 8. Mai 1895.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Kasbachstr. 9.

Parteiangelegenheiten.

Parteiliteratur. Der „Vorwärts“ schreibt: Aus den Reihen der Parteigenossen sind vielfache Wünsche ausgedrückt worden, auch die zweite Beratung der Umfuzvorlage in Broschürenform den weitesten Parteikreisen zugänglich zu machen. Die Wichtigkeit der Materie und der bisherige Verlauf der Debatte lassen diese Herausgabe angebracht erscheinen. Es wird deshalb Heft 3 der Umfuzbrochure, das unter anderem die Reden von Luer und Bebel enthält, bereits am nächsten Donnerstag zum Preise von 10 Pfg. zur Ausgabe gelangen. Um die Auflage feststellen und damit die rasche Lieferung bewerkstelligen zu können, bitten wir die Bestellungen umgehend an die Buchhandlung des „Vorwärts“, Beuthstraße 2, Berlin SW, gelangen zu lassen.

Ueber Bebel's Buch „Die Frau“, theilt der Parteigenosse H. Goldstein im „Sächsischen Volksblatt“ einige interessante Daten mit. Er schreibt in einem Artikel über das Jubiläum des Verfalls: „Bebel's Buch“ erschien erstmalig unterm Ausnahmengesetze im Jahre 1879 und schon unterm 24. März desselben Jahres verbot das kgl. Polizeipräsidium zu Berlin das unter dem Titel wie heute erscheinende „umfuzende“ Buch. Ein weiteres Verbot finde ich in Arront's Zusammenstellung der verbotenen socialdemokratischen Druckschriften und Vereine unter Nr. 212, wo der Titel lautet: „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“. Derleger war das Verlagsmagazin (J. Schabelitz) zu Zürich 1885. Noch einmal begegnen wir dem Verbot (der 3. Auflage) des Buches im „Nachtrag“ von Arront unter 1830. Dasselbe ist als Verlagsort die Volksbuchhandlung Hottungen-

Zürich, 1887, und als verbietende Behörde der großherzogliche Landescommissar zu Freiburg angegeben (10. Februar 1888). Doch nicht immer fehlte das nunmehr klassisch gewordene Buch, das sich heute, schon gebunden, fast ebenso oft auf dem Bücherbrett des Gelehrten, und unter dem Bücherbrot der Bourgeoisie, wie auf der Kommode des Arbeiters findet, unter diesen beiden Titeln. Es nahm oft die Form von Contrebande an und es liest sich heute, nach Beendigung des Socialistengesetzes und vor dem Umfuzgesetz lustig, wenn es bei Arront heißt: „Das Verbot erstreckt sich auch auf diejenigen Exemplare dieser Druckschrift, welche unter einem Dedelumschlag mit dem Titel: „Engel, Statistik, fünftes Heft“ verbreitet werden. Königl. Polizeipräsidium zu Berlin“ u. s. w. oder: „Das Verbot erstreckt sich auch...“ welche unter einem Dedelumschlag mit der Titelaufschrift: „Bericht der Fabrikinspektoren 1883“ verbreitet werden.“ Thatsächlich sind damals Tausende und Abertausende des Buches unter den genannten Titeln zur Verbreitung gelangt, bevor es der Polizei gelang, auch nur eins zu erwischen. Wie oft Bebel's Buch dem Schicksal polizeilicher Confiscation verfallen ist, mögen die Götter wissen; sicher ist indessen, daß es zu Tausend Malen der Fall gewesen und die „Frau“ zu jenen der 1025 verbotenen, nicht periodischen Schriften (nach Arront) zählt, auf die am meisten seitens der Polizei Jagd gemacht wurde. Wenn es auch in einer Linie Socialisten und — Socialistinnen waren, welche der „Frau“ zu der ungeheuren Verbreitung verhelfen haben, so gebührt doch auch der herrschenden Klasse ihr Theil daran und nicht nur ideell, insofern Gelehrte, Literaten, Regierungsvertreter aus dem Buche zitierten — ich erinnere hier nur an die feinerzeitige wirkungsvolle Citatirede des Geh. Reg.-Raths v. Ehrenstein in der Zweiten sächsischen Ständekammer, eine Rede, die mit einem einzigen Schlage viele Hunderte von Bourgeois nach unferes Gerichten Buche läutern machte — sondern auch materiell, da alle Welt vor gutem Dem das Buch besitzen wollte und die Hof- und sonstigen Buchhandlungen zur selben Zeit, als man den Arbeitern und Arbeitercolporturen ihre Exemplare massenweise wegnahm, überaus mit Bestellungen auf die „Frau“ von Bebel beschäftigt waren. Das Buch wurde mit Hülfe bezahlt und ich erinnere mich, daß für ein Exemplar im Buchladen 5—10 Mk. bezahlt wurden, während der Ladenpreis nur 2,50 bezw. 3 Mk. betrug. So wurde mitten unterm Socialistengesetz das Gesetz von den herrschenden Klassen selbst umgangen.“

Die Wahl in Lennep-Rettmann, bei der nach unerbörten Wahlpraktiken der Gegner unter Genosse den vereinigten bürgerlichen Parteien unterlag, wird von unjener Seite angegriffen werden. Die „Eiberfelder Freie Presse“ schreibt dazu: „Das eingekaufte Material, welches, soweit es nicht offenkundig nachgewiesen, durch hinlängliche Zeugnisangaben deponirt ist, war so schwerwiegender Natur, daß wir an einem Erfolg des Prozeßes nicht zweifeln. Mag ein neuer Wahlkampf auch wieder neue Opfer an Geld und Energie der geistigen Kraft fordern, wir sind überzeugt, daß die Genossen allerwärts unter Vorsetzen billigen, und jeder sich gelobt, das Letztere zu thun, daß dann der Sieg unser ist.“

In Pösch bei Köhnd in der Altenteiler Lwerenz aus dem Boden geschieden. Die „Mecklenburgische Volkszeitung“ widmet ihm folgenden Nachruf: „Er war unermüdlich wenn auch im Stillen, für Gewinnung neuer Anhänger unter den ländlichen Arbeitern thätig; auf ihn konnte sich die Partei verlassen: er war stets bereit, wenn es bei

der Landtagitation oder während der Wahlbewegung thätig einzugreifen. Sein Andenken wird darum auch von den Mecklenburger Parteigenossen stets in Ehren gehalten werden! Der Name des Altenteilers Lwerenz wurde von längerer Zeit in weiteren Kreisen bekannt durch einen Zwischenfall, den er mit dem Pastor Vieh zu Kessin hatte. Dieser Herr hielt eines Sonntags, als Lwerenz auch gerade einmal zur Kirche gegangen war, eine jener mittelweltigen, genugsam bekannten Predigten gegen die Socialdemokratie deren Inhalt immer um so grüßlicher ausfällt, je weniger der betreffende Pastor vom wahren Wesen der Socialdemokratie kennt. Als Pastor Vieh zu recht im Fluß war, seine privaten, von wenig Sachkenntniß getriebenen Vorstellungen über die Scheußlichkeit der Socialdemokratie seinen Zuhörern planfibel zu machen, erhob sich plötzlich der alte Lwerenz und verließ die Kirche mit den Worten: „Herr Pastor, das ist ja all nicht moht!“ Der freimüthige Kritiker erhielt hierfür eine Anklage wegen Störung des Gottesdienstes und wurde auch zu drei Tagen verurtheilt.

Arbeiterbewegung.

Für Porzellanarbeiter. Die Sperre ist bis auf Weiteres über folgende Orte des Deutschen Reiches verhängt: Altwasser (Tielich u. Co.), Albersmeier, Berlin (Malew), Frankfurt a. O. (Th. Pätz), Begefac. — In Oesterreich ist die Sperre verhängt über die Arbeiter von Pfeiffer und Löwenstein in Schladenwerth bei Carlsbad, Ernst Wahle und Anton Heller in Lurn bei Teplitz, K. Rädler in Wien, Jessau in Post Dalwitz und über die Fabrik in Haindorf.

In Bremerhaven haben die am Erweiterungsbaue des Kaiserhafens beschäftigten Erdarbeiter, an Zahl rund 100 Mann, wegen Lohnbifferenzen mit dem Unerach... Höfchele die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist dringend fern zu halten.

Aus Pilsen in Böhmen wird uns mitgetheilt, daß sämtliche Weber und Weberinnen der Baumwollwaarenfabrik von Polak u. Sohn in Böhmisches-Trübau wegen niedriger Löhne die Arbeit gekündigt haben. Da die Fabrik-Direction an Orte wenig Streikbrecher aufzutreiben vermag, ist mit Sicherheit zu erwarten, daß sie versuchen wird, namentlich die nach Sachsen und Bayern ausgewanderten czechischen Weber durch falsche Vorpiegelungen in die gesperrte Fabrik zu locken. Es werden daher die in Deutschland arbeitenden czechischen Weber erucht, unter den Berufsgeossen ihrer Nationalität dafür zu sorgen, daß jeder Zuzug nach Böhmisches-Trübau unterbleibt.

Ausgesperrt wurden in Warnsdorf in Böhmen sämtliche Textilarbeiter der Firma Gustav Liebisch, weil sie nicht 30 Procent billiger arbeiten, als bisher. Zuzug ist streng fern zu halten.

Vermischtes.

Aus der Insekten-Sammlung des Bremer Museums ist ein Käfer geflohlen worden. Es ist dies aber auch ein ganz besonderer, überaus werthvoller Käfer, ein Titanus giganteus, der etwa 20 Centimeter lang und 5 Centimeter breit ist, schmutziggraue Grundfarbe hat, während über dem Rücken einige hellere Streifen laufen. Er kann nur von einem sachkundigen Sammler, der den Werth kennt, entmendet worden sein und wird vermutlich irgend einem Museum zum Kauf angeboten werden.

4. Klasse 192. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 13. Mai 1895. — 29. Tag Ermittlung.

Die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

Table of lottery numbers for the 4th class of the 192nd Prussian Lottery. It lists various numbers and their corresponding prizes in marks.

Table of lottery numbers for the 4th class of the 192nd Prussian Lottery. It lists various numbers and their corresponding prizes in marks.

Die nächste Ziehung beginnt am 1. Juni 1895.

Musik-Instrumente.

Alle Bläs-, Streich- u. Schlag-Instrumente, Spielböden zum Drehen u. selbst spielend, Musik-Automaten fertig.

B. Cohn, Kupfer-Schmiedstr. 17. 3823

Advertisement for 'Heimlichshau' featuring 'Königsheimer Spitzberg'. It describes a restaurant and hotel with a scenic view of the Spitzberg mountain.

Advertisement for 'Gelegenheitskauf' (Opportunity Purchase) for 'Hochfeine helle Sumatra' cigars. It lists details about the cigars and the seller, H. Stolz.

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

Aus dem Reichstage. Ueber den Reichstag breitete sich nach dem Wetterstrolche der vorigen Woche heute die friedliche Stille eines parlamentarischen blauen Montages. Die meisten Abgeordneten gönnten sich Erholung von den Strapazen der letzten aufregenden Sitzung. Auch die Tribünen waren schwach besucht und auf der Ministerbank saß einsam und verlassen der Schatzsekretär Graf Posadowsky. Größeres Interesse nahm nur der letzte Gegenstand der Tagesordnung, die zweite Berathung der Tabaksteuervorlage, in Anspruch. Es wiederholte sich das Schauspiel vom Sonnabend, ohne lange Leichenreden wurde der aus der Commission hervorgegangene Cadaver zur ewigen Ruhe bestattet. Graf Posadowsky versuchte zwar noch einmal das Princip der Tabaksteuer zu retten, aber er fand nur Unterstützung bei Herrn von Kardorff. Die meisten Redner gaben nur kurze Erklärungen über die Stellung ihrer Parteien zur Vorlage ab. Die ablehnende Haltung des Reichstages ist schon constatirt. Niemand erregte sich und langlos wie ein Armenbegräbnis vollzog sich die Besichtigung. Als der entscheidende § 4 abgelehnt war, für den sich genau gezählt, die elf im Saale anwesenden Conservativen und Reichsparteiler, sowie der nationalliberale Professor Caneccerus erhoben, begann Graf Posadowsky eiligst seine Sachen einzupacken. Wenige Minuten später waren die übrigen Paragraphen abgelehnt und nichts blieb übrig von der Tabaksteuer-Vorlage als die Maculatur im Reichsschatzamt. Eine dritte Berathung findet, wie bei der Umsturzvorlage, nicht statt. Zu ungewöhnlich früher Stunde, bald nach 3 Uhr, war die Sitzung geschlossen worden.

### 91. Sitzung vom 13. Mai, 1 Uhr.

Zur ersten Berathung steht zunächst der Gesetzentwurf betr. die Ausführung des mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossenen Zollcartells. Derselbe bezweckt die Befreiung der Umgehung von österreichischen Zollvorschriften gemäß den abgeschlossenen Verträgen.

Das Gesetz wird nach kurzer Debatte in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. den Beitritt der einzelnen Bundesstaaten bei Einziehung von Abgaben und Vollstreckung von Vermögensstrafen.

Dieselbe wird ohne erhebliche Discussion erledigt, eine Commissionsberathung von keiner Seite gewünscht; die zweite Lesung wird demnach nächstens im Plenum erfolgen. In der folgenden ersten Berathung des Entwurfs betr. die Fürsorge für Wittwen und Waisen der Personen des Soldatenstandes und der Marine vom Feldwebel abwärts erklärt

Abg. Graf Oriola (natl.): Der Entwurf entspreche den Wünschen des Reichstages, er halte es also nicht für nöthig, den Entwurf einer Commission zu überweisen.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff weist darauf hin, daß der Entwurf eine auch vom Kriegsministerium schmerzlich empfundene Lücke ausfüllen solle und daß er erst nach langen Verhandlungen zu Stande gekommen sei.

Abg. Harn (Soc.) erklärt sich im Princip für die Vorlage, die schon längst hätte eingebracht werden sollen; die Vorlage biete aber viel zu wenig und er möchte, da auf diesem Gebiete viel mehr erreicht werden müsse, empfehlen, den Entwurf doch lieber abzulehnen und die Regierung aufzufordern, einen weitergehenden Entwurf vorzulegen.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) kann das nicht für zweckmäßig halten und bittet den Entwurf ohne Commissionsberathung zu erledigen.

Abg. Richter (freil. Bg.) bittet gleichfalls, dem Entwurf keine Schwierigkeiten zu bereiten, um denselben noch in dieser Session zu Stande zu bringen.

Damit schließt die erste Lesung. Die zweite Lesung wird, da ein Antrag auf Commissionsberathung nicht vorliegt, unmittelbar im Plenum stattfinden.

Es folgt die zweite Lesung der Tabaksteuer-Vorlage. Die Commission beantragt Ablehnung der Vorlage.

Die Berathung beginnt mit § 4 der Regierungsvorlage, der das Princip der Fabrikatsteuer feststellen will.

Abg. Dr. Bacheur (Centr.) erklärt, seine Freunde könnten angesichts der wirtschaftlichen Lage einer Erhöhung der indirecten Steuern nicht zustimmen, vielmehr weiterhin den Grundsatze vertreten, daß man zum Ausgleich des Staatshaushalts lieber auf Ersparnisse bei den Ausgaben bedacht sein müßte. Er bitte daher, die Vorlage abzulehnen.

Abg. Dr. Freese (freisinn. Verein.) schließt sich dieser Erklärung an und bittet gleichfalls den Entwurf abzulehnen.

Staatssekretär Graf Posadowsky bemerkt, der Entwurf habe das Mittel bieten sollen, zu einer Finanzreform zu führen. Nachdem die Spannung zwischen Einnahmen und Ausgaben durch die Budgetberathung sich verringert habe, habe er sich in der Commission mit einer Tabaksteuer begnügen wollen, die mit ihrem Ertrage die Spannung von etwa 10 Millionen Mark ausgleichen würde. Durch die dadurch ermöglichten Steuererlöse würden die von

den minderbemittelten Bevölkerungsklassen consumirten Tabaksorten nur ganz geringfügig betroffen werden. Das mit wären auch die socialen Bedenken gegen die Vorlage ganz erheblich abgemindert worden. Weiter habe die Commission zum schmerzlichen Bedauern in Eingehen auf diesen Vorschlag abgelehnt. Er nehme nicht an, daß alle Mitglieder der Commission prinzipielle Gegner einer Erhöhung der Tabaksteuer seien. Einige mögen sich von tactischen, andere von technischen Bedenken haben leiten lassen. Was sollten die Regierungen demgegenüber thun. Legten sie andere Projecte, etwa eine erhöhte Stempelsteuer vor, so käme man wieder mit dem Vorwurf, sie übe öde Plusmacherei. Ob in Zukunft eine neue Tabaksteuer vorgelegt werde, hänge nicht von dem Ermessen einzelner Personen in der Regierung ab, sondern von der finanziellen Entwicklung. Die Regierungen üben in jedem Falle das Bestreben, die Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Sollten jetzt neue Mittel nicht bewilligt werden, so blieben nur zwei Mittel: Die Erhöhung der Matricularbeiträge oder die Einbringung neuer Steuerentwürfe, für die wir eine Mehrheit nicht erlangen zu können hoffen dürfen. Wäre es möglich, eine Tabaksteuer auch nur im Betrage von 10 Millionen zu erreichen, so würde eine vernünftige Finanzreform zu erreichen sein. Ohne auf eine solche eingehen zu wollen, bitte er daher noch in dieser Session etwas Erprobliches auf dem Gebiete der Vorlage zu Stande zu bringen.

Abg. Wassermann (natl.) erklärt, seine Freunde ständen nach wie vor auf dem Boden einer Finanzreform, die das Verhältniß zwischen Einzelstaaten und Reich sicherstelle. Aber dieser Vorlage, namentlich deren Prinzip einer Tabakfabrikatsteuer, sei es auch nur in Höhe von 10 Mill. Mark, könnten sie im Interesse der Industrie nicht zustimmen. Dem Bestreben gegenüber, höhere Einnahmen aus dem Tabak zu erzielen, verhielten sie sich nicht ablehnend, sie hätten auch Vorschläge gemacht, die aber von der Regierung abgelehnt worden seien. Er bitte daher um Ablehnung des § 4 und hoffe, man werde auf das System der Fabrikatsteuer nun auf immer verzichten.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) kann nicht einsehen weshalb Deutschland nicht dieselben hohen Zuträgen auf den Tabak legen solle, die das Ausland habe. Die Industrie würde durch die Ablehnung nicht zur Ruhe kommen, denn man müsse immer auf den Tabak zurückgreifen. Der Satz, daß indirecte Steuern die ärmeren Klassen vornehmlich belasten, sei vollkommen irrig. In wenigen Jahren würde demnach der Tabak wieder auf der Tagesordnung stehen. Die Ablehnung durch den Reichstag sei nicht maßgebend. Dieser Reichstag habe überhaupt noch nichts zu Stande gebracht. Er sei unfähig. (Lachen links.) Das liege an dem Parteiwesen. Ein anderer Reichstag werde vielleicht besser sein. Das Volk werde sich heinenen und einsehen, daß die heutige Parteigerrissenheit nicht zum Segen führe. (Beifall rechts, Lachen links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky entgegnet dem Abg. Wassermann, der in der Commission gemachte Vorschlag einer Zollerhöhung sei unausführbar gewesen. Er würde zum gesteigerten Verbrauch inländischen Tabaks, zur Verminderung der Einfuhr führen, also zu verminderten Erträgen. Die Einführung eines Werthzoll sei aber so schwierig, daß ein Gesetzentwurf in dieser Session auf keinen Fall mehr hätte zu Stande gebracht werden können.

Abg. Richter (freil. Volksp.) erklärt, der Reichstag könne doch Herrn v. Kardorff nicht so unfähig erscheinen, er habe doch die Militärvorlage bewilligt, durch diese Bewilligung seien eben die finanziellen Schwierigkeiten hervorgerufen worden, und bezüglich der zu ihrer Lösung gemachten Vorschläge könne das Volk mit dem negativen Resultat ganz zufrieden sein. (Beifall links.) Es sei hier keinesfalls ein Bedürfnis nachgewiesen, eine solche Tabaksteuer zu bewilligen, selbst nicht für eine solche mit 10 Mill. Mark Ertrag. Die Spannung von 10 Millionen würde mit Sicherheit durch die erhöhten Zolleinnahmen gedeckt werden können. Würden diese nicht zur Deckung in Anspruch genommen, so würde man sie bald für neue Ausgaben mit Beschlag belegen. Herr v. Kardorff stelle es so dar, als seien wir es unserem Ansehen schuldig, das Beispiel anderer Culturstaaten nachzuahmen. Hohe Zölle seien aber doch kein Zeichen höherer Cultur, sondern größerer finanzieller Schwierigkeiten. (Sehr richtig! links.) Herr v. Kardorff und seine Freunde strebten aber durch ihre agrarische Agitation immer mehr dahin, die Staatskasse mit Liebesgaben in Anspruch zu nehmen. Keiner seiner Freunde hätte bisher gegen die zugeplante Liebesgabe für verdrachte Funtler Widerspruch erhoben. Die Finanzreform scheine Niemandem dringlich, als dem preussischen Finanzminister und dem Reichsschatzsekretär. Den gleichen Zweck könne man einfacher durch Sparsamkeit im Reich und in den Einzelstaaten erreichen. Er möchte die Regierungen bitten, die Industrie nicht weiter zu beunruhigen, sondern das Resultat ihrer Studien lieber für sich behalten. Angesichts der geringschätigen Behandlung des Reichstages durch den Minister v. Köller hätte das Haus um so mehr die Verpflichtung, seine constitutionellen Rechte aufrechtzuerhalten. (Beifall links und im Centrum.)

Abg. Mollenhuth (Soc.): Meine Herren, ich kann mich auf wenige Worte beschränken. Herr v. Kardorff sagte: Wir können nicht hinter den andern Culturstaaten in der Höhe der Tabakbesteuerung zurückbleiben. Grade, weil wir die Zustände in den andern Staaten kennen, weil wir gesehen haben, wie eine große Industrie unter dem Druck solcher Steuern zu Grunde geht, sind wir gegen eine solche Besteuerung. Wir sind überzeugt, daß der größte Theil der Mehrbelastung des Tabaks auf die Arbeiter abgewälzt wird. Die angeblich geringe Summe von 10 1/2 Millionen Mark hätten wir für viel zu hoch, um sie den Arbeitern aufzubürden. Noch einmal alle unsere Gründe gegen die Steuer jetzt zu wiederholen, erscheint uns überflüssig. In der Commission hat der Staatssekretär etwas Neues vorgeschlagen, nämlich die verschiedene Besteuerung von 15 und 18 Procent vom Werth beim Tabak. Alles was man gegen die pro-

centuale Steuer als eine Reichsprämie auf Lohnabzüge geltend machen kann, kann man in verschärftem Maße gegen diese neue Idee geltend machen. Dazu fehlt jede Andeutung, wie diese neue Idee durchgeführt werden soll, wie z. B. die Zehnpenniggarre mit 15 Procent die theurere mit 18 Procent besteuert werden soll. Besteuert werden soll doch, wenn die Cigarre aus der Fabrik an den Händler übergeht. Der Händler macht aber seinen Preis meist erst, wenn er die Cigarre eingekauft hat; eine Controlle ist also nicht durchführbar. — Wir haben diese Gründe in der Commission bei der zweiten Berathung bereits geltend gemacht. Die Gründe sind von der Regierung nicht widerlegt worden und sie genügen für uns, zur Ablehnung des Gedankens und der ganzen Vorlage zu gelangen.

Abg. Kzeplowski (Pole) — auf der Tribüne unverständlich — scheint gleichfalls gegen die Vorlage zu sprechen.

Abg. v. Kardorff stellt in Abrede, daß er den Culturstaat nach der Höhe der Tabaksteuer bemessen wolle. Es solle nur ein Luxusmittel nach Gebühr besteuert werden. Abg. Richter stelle die Sache falsch dar, wenn er behaupte, seine Freunde hätten durch Bewilligung der Militärvorlage die Finanznoth heraufbeschworen. Schuld an diesen seien eher diejenigen, die die Handelsverträge bewilligt hätten.

Abg. Richter erwidert, die Belastung durch die Militärvorlage betrage 55 Millionen, der Ausfall in Folge der Handelsverträge nur 20—30 Millionen, der zum Theil schon durch die vermehrte Getreideausfuhr gedeckt sei.

Abg. Graf (Reform.) erklärt sich gegen die Vorlage, die den vor Bewilligung der Militärvorlage vom früheren Reichszentraler gegebenen Zusicherungen direct widerspreche.

Abg. v. Kardorff meint, Abg. Richter habe seiner Zeit selbst 39 Millionen von den Kosten der Militärvorlage bewilligen wollen.

Abg. Richter bestreitet dies; er hätte sich nur für die Höhe der Kosten der zweijährigen Dienstzeit engagirt, und diese hätten höchstens 10 Millionen betragen können.

Damit schließt die Discussion. § 4 wird gegen die Stimmen der wenigen anwesenden Conservativen und Reichsparteiler abgelehnt.

Genso ohne weitere Discussion der Rest der Vorlage. Die eingegangenen Petitionen werden für erledigt erklärt.

Die Vorlage ist in allen ihren Theilen abgelehnt, eine dritte Lesung findet somit nicht statt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr (Novelle zum Gesetz betreffend den Judalibenzions; zweite Lesung der Wahlprüfungen; Rechnungssachen; Petitionen. Schluß 3 1/2 Uhr.)

## Der Sturm bricht los!

(Aus den Märztagen 1848.)

B. G. „Das Volk steht auf!“ Die unaufhörlichen Reibungen zwischen den erregten Volkemassen und der Polizei, in deren Gefolge überall sofort Soldaten mit gezogenem Säbel und geladenem Gewehr auftauchten — bereit niederzuhauen und zusammenzuschießen, Alles was ihnen im Wege stand, mußten nur zu bald zu blutigen Conflicten führen und furchtbare Mordscenen heraufbeschwören.

Am 17. März 1848 berichteten die Breslauer Zeitungen aus Berlin:

„Im Laufe des gestrigen Tages bildeten sich in der Brüder- und Breitenstraße zahlreiche Gruppen, die sich von Mittag ab auf dem Schloßplatze zu einer dichten Masse vereinigten. Gegen Abend begann die Menge gegen die an den Schloßportalen aufgestellten Wachmannschaften mit ausgerissenen Pflastersteinen zu werfen. Die wiederholten Aufforderungen, sich zurückzuziehen, wurden mit neuen Steinwürfen beantwortet, so daß es der inzwischen entbotenen Cavallerie bedurfte, um den Schloßplatz zu säubern.

Die auseinanderläubende Menge warf sich in wilder Hast die Breitenstraße hinab und suchte sich dort, wie in verschiedenen nahe gelegenen Straßen, zu setzen, indem sie durch zusammengelehnte Häuser, durch theilweises Abtragen und Aufziehen der Brücken die Truppen aufzuhalten suchte, die mit Begräumung dieser Hindernisse beschäftigten Soldaten wurden mit Steinwürfen empfangen, und erst der Gebrauch der Schuß- und Hiebwaaffe vertrieb die Tumultuanten. Die Ruhe und Ordnung konnte nicht ohne Opfer hergestellt werden, es haben Verwundungen stattgefunden, leider auch, wie man sagt, einige Todesfälle.“

Wer an diesen Blutscenen bei weitem die schlimmste Schuld trug, das beweisen gleichzeitig eintreffende Nachrichten aus Berlin sowohl, wie auch Mittheilungen über Greianisse, welche sich in Breslau zugetragen hatten. So findet sich in der Beilage der „Allgemeinen Oberleitung“ am 18. März folgender Bericht:

Das Gouvernement hat heute folgende Bekanntmachung publicirt:

Bei den am gestrigen Abend zur Beobachtung größerer versammelter Menschenmassen abgeordneten Patrouillen, hat durch ein heftiges verthes Misper-

Rändlich ein Conflict stattgefunden, der Gegenstand unserer Untersuchung geworden ist.

Breslau, 17. März 1848.

Das Gouvernement. v. Bursky.

Die „Oberzeitung“ bemerkt dazu:

„Das oben erwähnte „Mißverständnis“ bestand darin, daß der Kürassierlieutenant v. M. auf Leute, welche dem Stadtverordneten B. ein Wivat brachten, einhauen ließ.“

Und unmittelbar unter diesen Zeilen wird noch Folgendes geschrieben:

„Breslau, 17. März. (Zur Tagesgeschichte.) Nachdem am gestrigen Abende durch unzeitiges Einschreiten einer Abtheilung Kürassiere auf dem Ringe bellagenerlei Ausstritte stattgefunden haben, sah man heut die Bevölkerung in ungewöhnlicher Aufregung. Nachmittags fanden in allen Bezirken die Wahlen der Zugführer, Stellvertreter und Feldwebel der Bürgercompagnien wie der Sammelplätze statt. Da das Gouvernement sich nicht ermächtigt hielt, Waffen aus dem Zeughaufe zu bewilligen so bleibt es jedem überlassen, sich selbst zu bewaffnen.“

Die so plötzlich improvisirte Bürgergarnison trägt als Ausrüstung eine weiße Armbinde. — Trotz der Lebhaftigkeit auf allen Straßen ist zu hoffen, daß die Ruhe nicht gestört werden wird, da die Bürger, die sich auf allen Sammelplätzen zusammenfinden werden, wohl zur Aufrechterhaltung derselben hinreichend sein dürften.“

In Breslau vermochten für diesmal noch die Bürger als Beschwichtigungscommissarien den Staat zu retten und die Ruhe aufrecht zu erhalten. In Berlin aber war alles Bemühen umsonst. Am 20. März brachten die Breslauer Zeitungen Extrablätter, die die fieberhafteste Aufregung hervorriefen. Das der „Allgemeinen Oberzeitung“ war das Wirkfamste. Es lautete in der Hauptsache folgendermaßen:

„Berlin, 19. März. Bericht eines Augenzeugen:

Schrecklich! Schrecklich! Wir haben hier Zustände, die Grauen erregen. Einen Brief will ich schreiben, aber ob es möglich ist, ihn nach dem Postbureau zu schaffen, ob er von dort nach Breslau befördert werden kann, weiß ich nicht. Ich will Ihnen von dem gestrigen Tage berichten, was ich selbst erlebt.

Um 11 Uhr Vormittags ging ich aus. Die ganze Woche hindurch arbeitete schon Niemand mehr; eine unbefriedigende Unruhe hatte sich Aller bemächtigt. Man trank nicht, man aß nicht, man ging und fragte über die Tagesereignisse. Da kam ein städtischer Beamter und sagte, der König habe Alles genehmigt, in anderthalb Stunden werde der Anschlag an den Straßenden erscheinen, vorläufig seien eine Menge Schreiber auf dem Rathhause beschäftigt, die Proclamation auszufertigen und mit dem Magistratsstempel zu versehen. Es kam ein zweiter Mann mit derselben Nachricht. Da erhoben wir uns Alle und brachten mit Freudenthränen (!) dem Könige ein Lebehoch (!). Dann hieß es: Nach dem Schlosse! Unterwegs erfahren wir, daß der König auf den Balcon getreten sei, daß er vor Bewegung nicht sprechen könne, daß der Minister Bedelschwingh gesprochen. Was er gesprochen, hatte Niemand vernehmen können vor lautem Jubel. Jetzt wollten auch wir an dem Jubel theilnehmen. Wir eilten durch den Lustgarten auf den Schlossplatz, aber statt der Bürger fanden wir Militär (!) und unruhig bewegte Massen Volks. Man sagte, der Kaiser habe erklärt, daß Pressefreiheit sofort bewilligt werde, daß der König eben beschäftigt sei, die übrigen Forderungen zu bewilligen. Das Volk verlangte jetzt als Bürgerschaft, daß das Militär zurückgezogen werde. Ich war unter denen, die nach dem Schlossportale gingen. Wir haben, alle Bürger, friedliche Leute, alle gute Royalisten (!) gebeten, daß doch dem allgemeinen Begehren gewährt werde, wir wollten uns aufstellen, wir wollten mit unserm Leben eine Mauer bilden, wo es Noth thue. Man hat, vorgelassen zu werden, man wurde abgewiesen. Ich habe persönlich gebeten, ich habe des Herrn v. Mollathorn's Name genannt und ihm gesagt, ich hätte ihn, er solle das Unglück verhindern; er solle mitwirken, daß das Militär den Platz räume. Dagegen aber kam Neues. Schon waren einige Schüsse gefallen; man beruhigte was damit, daß sie ohne Ordre und in die Luft losgegangen seien. Jetzt kam die außerordentliche Beilage der „Staatszeitung“. Ich las und hatte die ruhigen Jahrbücher. Alle Concessionen wurden mit Jubel angenommen. Da ließ plötzlich ein Major auf diese ruhigen Leute einhauen. Noch las ich weiter, ein anderer Mann zu Pferde las ebenfalls. Da rief man mir zu: Steigen Sie herab, es wird geschossen. Dieses Einhauen war der Moment, wo der Aufruhr begann. Ich fiel herunter und ging,

nein lief mit dem großen Strom über die lange Brücke. Sowie ich ankam, begann der Bau der ersten Barricade an der Königs- und Poststraken-Ecke und nun regten sich Tausende. Die ganze Stadt wurde barricadirt. Alle 50 bis 100 Schritt war eine Barricade. Bald erschienen Kerze, Felle, Riden, Sädel, Degen, Studenten-schläger. Die rothe Fahne wurde aufgepflanzt, aus den Fenstern wurden Gewehre sichtbar, und nun fielen vom Militär die ersten Schüsse. Da wurde schrecklich gekämpft. Todte und Verwundete wurden vorübergetragen. Alle Häuser standen auf, mußten offen gehalten werden. Das Feuer wurde schrecklich, die Kugeln pfiffen nach allen Seiten, die Wache des neuen Markts wurde gestürmt, die Soldaten nahm man in die Häuser auf, die Gewehre wurden sogleich in die Faust genommen und von diesem Augenblick an hörte das Feuer nicht mehr auf. Die Kartätschen zischelten die Königsstraße hinab. Es dauerte mehrere Stunden, bis die Barricaden der Königsstraße genommen waren, unter dessen wurde es finster und nun ging das Feuer wie es nicht bei Leipzig ärger gewesen sein kann, dann schlug Feuer auf. Die Artillerieschuppen brannten, an dem Hülfschen Thor brannte ein großes Gebäude. Jetzt noch schlägt die Flamme hoch auf, man sagt von dem Zellengefängniß. Die Nacht hindurch wurde besonders in der Gegend des Landsberger Thores furchtbar gekämpft. Das Knallen und Donnern der Gewehre und Kanonen hörte nicht mehr auf.

Um halb 3 Uhr mußte wohl neues Militär von Frankfurt her anrücken. Noch einmal ging der Sturm an, als ob 24 Batterien gestürmt würden. Dies dauerte eine Viertelstunde und seitdem wird nun fortwährend einzeln geschossen. Gestern sind keine Posten mehr angekommen oder ausgegeben worden. Die Minister Sichelhorn und Thile sollen abgedankt haben, die Schützen übergetreten sein. Die Truppen zum Theil bereits auf Seite der Bürger stehen. Es ist hier furchtlicher hergegangen als in Paris. Es ist ein Blutbad angerichtet. Eben wird die aufgehende Sonne mit einzelnen Gewehrschüssen begrüßt. Wir haben einen furchtlichen Sonntag vor uns und was aus uns wird, wissen wir nicht. Leben Sie wohl. Ich bringe den Brief mit Gefahr meines Lebens an Ort und Stelle.“

Das war der erste Eindruck von der vierzehntägigen Straßenschlacht in Berlin am 18. März des Jahres 1848.

Locales.

Breslau, den 14. Mai 1895.

\* Errichtung einer Arbeiter-Schutz- und Warte-Halle in Breslau. Wenn im Frühjahr die Bauperiode beginnt und die Arbeiten im Freien wieder aufgenommen werden, dann sieht man häufiger wie sonst, wie die Arbeiter, die ohnehin bei ihrer langen und anstrengenden Thätigkeit schon so sind gegen alle Unbilden der Witterung, auch ihr sorgliches Mittagmahl unter freiem Himmel, auf einer Promenadenbank, auf Steinbänken öffentlicher und privater Gebäude, in Hausfluren u. s. w. verzehren müssen, wenn sie nicht in die Kneipe gehen wollen. Aber nicht allein die Bauhandwerker und Arbeiter sind gezwungen in solcher Weise die Hauptmahlzeit des Tages einzunehmen, nein, auch ein großer Theil derjenigen Arbeiter, die in Werkstätten und Fabriken im Dienste des Capitals hart trostlos mühen, befinden sich zur Mittagszeit in derselben traurigen Lage, denn ihre Wohnung liegt meist von der Arbeitsstätte sehr weit entfernt, und die Mittagspause, die kurz bemessen ist, genügt es nicht, daß der Arbeiter nach Hause gehen kann, um hier im Kreise seiner Familie zu speisen. Was ihn nach mehrstündiger Arbeit wieder häuten und fröhliches und gesund erhalten soll, er kann es nicht hier zu sich nehmen, nicht in behaglicher Ruhe und Bequemlichkeit ohne durch Wind und Wetter zu leiden; die Hermsen, die so hässlich um ihr Dasein ringen und kämpfen müssen, sie sind auch hier wieder die schwer Geschädigten und nicht nur sie, sondern auch ihre Frauen und Kinder, die ihnen das Essen in die Nähe der Arbeitsstätte tragen müssen, sie nehmen nicht minder dadurch Schaden an der Gesundheit. Nachher sieht die schädigenden Einflüsse der getragenen Zustände schon im Sommer bemerkbar, so muß deren Wirkung im Winter noch eine ganz bedauerliche Steigerung erfahren, und es erscheint deshalb wohl nur als billig, wenn die Errichtung von Stätten gefordert wird, weshalb die Arbeiter rechtswegiger Weise sich aufhalten dürfen, um einmal ihr Mittagmahl in einer Behausung ungestört verzehren zu können und die andererseits im Winter die Arbeiter, die hier in Breslau stets in übergroßer Zahl hungern und frieren durch die Straßen irren, wenigstens vor der Kälte zu schützen. Solche Hallen sollten eigentlich hier schon längst bestehen und nicht der kühnen Räder-

schäften wäre es gewesen, auch hierin die wünschenswerthen und äußerst bringenden Maßregeln zu treffen. Bis jetzt ist aber von dieser Seite nichts geschehen. Erst in neuester Zeit scheint sich der Magistrat von Breslau etwas ernstlich mit dieser Sache beschäftigt zu haben. Als Ergebnis hiervon ist eine seiner Vorlagen zu betrachten, die auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordneten stehen, die am Donnerstag, den 16. d. Mts. stattfindet. Der Magistrat ersucht die Stadtväter, zustimmen zu wollen, daß auf dem Wacht-Platz eine Arbeiter-Schutz- und Warte-Halle errichtet und die Kosten in Höhe von rund 4200 Mk. aus dem Hauptextraordinarium pro 1895/96 entnommen werden.

In der Begründung des Antrages weist der Magistrat darauf hin, daß der größte Theil der Arbeiter, welche ihre Arbeit nicht in geschlossenen Werkstätten verrichten können, bei den großen Entfernungen der stets wechselnden Arbeitsstellen von ihren Wohnungen und der verhältnismäßig knapp bemessenen Mittagspause von einer Stunde, gezwungen seien, das Essen in fast erkaltetem Zustande im Freien einzunehmen. Bei freundlicher, warmer Witterung geschehe dies zumeist auf öffentlichen Straßen und Plätzen, bei rauhem nassem Wetter in nothdürftig Schutz gewährenden Orten, wie in Hausfluren, Durchgängen u. s. w., falls der Arbeiter nicht etwa eine Schänke aufsucht. Weiter führt der Magistrat aus, daß hierdurch der Arbeiter einerseits in hohem Grade den Bitterungseinflüssen ausgesetzt und seine Gesundheit geschädigt, sowie dem Körper die erforderliche Ruhe und Ernährung zu neuer Arbeitsleistung entzogen werde; andererseits werde er zu sonst vermeidlichen Gelbtausgaben und zum Nachtheil der Arbeit genöthigt, Spirituosen zu genießen. Es sei ihm (dem Magistrat) versichert worden, daß eine große Zahl von Erkrankungen in Arbeiterkreisen nachweislich auf Erkältungen während der Arbeitspausen zurückzuführen seien. Die schädigenden Einflüsse beschränkten sich überdies nicht auf die arbeitenden Personen selbst, sondern auch auf diejenigen, welche — meist Angehörige der Familie — das Essen von den weit entfernten Wohnungen zur Stelle bringen müssen.

Daß hier große Uebelstände vorliegen, auf deren Beseitigung hingearbeitet werden muß, wird, wie der Magistrat bemerkt, nicht angezweifelt werden können und ist insbesondere von der Baudeputation anerkannt worden. — Das Bestreben, für diese Arbeiterklasse heizbare Schutzräume zu beschaffen, muß als gerechtfertigt anerkannt werden. — Das meinen wir auch und es ist nur zu bedauern, daß der Magistrat erst jetzt zu dieser Einsicht gekommen ist. Der Anblick, so heißt es ferner in der Begründung, welchen der Rathhausflur um die Mittagsstunde gewährt, liefert ein überzeugendes Beispiel für das große Bedürfniß nach derartigen Wartehallen. Denn obwohl dieser Raum einen keineswegs behaglichen, zufreien Aufenthalt gewährt, sei er während der Mahlzeitpausen regelmäßig von Arbeitern und deren Frauen gefüllt, die dort Zuflucht vor der Witterung suchen. Es erscheint daher dem Magistrat doch endlich geboten, nach dem Beispiel anderer Städte an geeigneten Stellen heizbare Räume zu beschaffen, welche Schutz vor den Unbilden der Witterung gewähren und dem Arbeiter gestatten, in einem Räume, in welchem er nicht nur gesuldet werde, sondern sich aufzuhalten berechtigt ist, wenn möglich an einem Tische sitzend, mit einer gewissen Behaglichkeit sein Mittagessen einzunehmen. Der Magistrat will aber vorerst Erfahrungen bezüglich der auf diesem Gebiete zu treffenden Einrichtungen sammeln, und hat beschlossen, zunächst für die fabriks- und volkreiche Nikolai-Vorstadt auf dem für diese Zweck sehr geeigneten Wacht-Platz eine Schutz- und Warte-halle zu errichten.

Wir wollen hoffen und wünschen, daß die städtischen Körperschaften das Versäumte so schnell wie möglich nachzuholen sich bemühen und daß möglichst bald im Interesse der arbeitenden Bevölkerung nicht nur diese, sondern in rascher Folge noch mehrere solcher Schutz- und Warte-hallen errichtet werden.

\* Begründung des Rentenanspruches. Man begegnet bei Versicherten der Invaliditäts- und Altersversicherung vielfach der Ansicht, daß zur Begründung des Rentenanspruches die bloße Beibringung der zur Erfüllung der Beitragszeit erforderlichen Marken genügt. Dieser irrigen Auffassung der gesetzlichen Bestimmung ist das Reichsversicherungsamt in seiner Rechtsprechung entgegen getreten. In einer Revisionsentscheidung vom 13. März 1895 hat das Reichsversicherungsamt den Grundsatz ausgesprochen, daß die einer gefüllten Quittungstafel anhängenden Beitragsmarken nicht als gesetzlich entrichtete Versicherungsbeiträge gelten können, was zweifellos aus der im § 101 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes gegebenen Vorschrift über

die Beitragsentrichtung hervorgehe, und sich überdies aus § 15 a. a. D. ergebe, daß nicht die bloße Verbringung von Beitragsmarken, sondern die Leistung von Beiträgen, d. h. in diesem Falle die vorschriftsmäßige Verwendung der Versicherungsmarken durch Einleben derselben in die Quittungskarte das für die Erfüllung der Beitragszeit Entscheidende ist.

**Wo steckt der Mörder der Elise Groß?** Aus Schlefien schreibt man zu dieser Frage dem Hofprediger a. D. Stöder inspirierten „Volk“:

„Fürcht die Polizei noch nach dem Mörder? Warum zieht man die nicht in Untersuchung, welche der Breslauer Volksmund als in Verbindung mit dem Morde stehend bezeichnet? Jetzt erzählt man sich gar, die Elise Groß habe genau Buch geführt über die Personen, welchen sie ihre Gunst geschenkt hat, und auch stets den Preis eingetragen, um welchen sie ihre Liebe verkauft hat. In diesem Quittungsbuch soll neben mancherlei vornehmen Herren auch mancher hohe Beamte des Staates, der Provinz, mancher Offizier stehen. Trifft das zu — und nicht etwa der „Pöbel“ behauptet, es sei so — dann versteht man wohl, warum ein so geheimnißvolles Schweigen über den Stand der Untersuchung herrscht. Im Reichstage hat die Regierung eine Umsturzvorlage eingebracht. Es wäre sehr notwendig, daß man dem Umsturz von oben energisch entgegentritt. Beamte und Offiziere, die so bloß gestellt sind, wie die Zubalter der ermordeten Groß, sollten im Interesse der Ordnung, der Ehre und für immer ihres Dienstes beraubt werden. Eneergisches Vorgehen gegen die Sittlosigkeit gerade unter den Beamten des Staates incl. Offizieren wäre der beste und wirksamste Kampf gegen den Umsturz.“

Es muß in der That als sehr sonderbar bezeichnet werden, daß man dem Mörder der „Goldelise“ noch nicht auf die Spur gekommen ist; die Polizei läßt doch nicht in der Findigkeit nichts zu wünschen übrig.

Die Taxameterkutscher haben nach einem ungünstigen Urtheil des Kammergerichts gleich anderen Droschkführern das Recht, für die Mitbeförderung eines Hundes eine Abgabe von 25 Pfg. fordern.

**Stadt-Theater.** Heute, Dienstag, gelangt die neue Oper „Die schwarze Kaschka“ von Victor Huthgen, Musik von Georg Jarno zur Wiederholung. — Morgen, Mittwoch, findet die letzte Vorstellung in dieser Saison statt.

**Sommer-Theater bei Liebig.** Von den die Sommerfaison neuengagierten Mitgliedern, welche in den Aufführungen von Dellingers „Die Chansonette“ nicht beschäftigt waren, tritt zunächst die Soubrette Therese Korzan (vom Stadt-Theater Riga) Donnerstag als „Brief-Christel“ im „Vogelhändler“ auf. Frä. Jenny Broch verabschiedet sich in dieser Woche als „Chansonette“ vom Breslauer Publikum.

**Concordia-Theater.** Am Donnerstag eröffnet das Concordia-Theater seine diesjährige Sommerfaison, welche, wie in den letzten Jahren, in der Veranstaltung von Garten-Concerten besteht. Dieselben werden jeden Montag, Donnerstag und Freitag statt und zwar unter Leitung des Capellmeisters Baumgarten. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

**Feuer.** Am Sonntag Nachmittag 5 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr rasch der Schützenstraße 13 zugehoben. Es brannte daselbst in einer im ersten Stock Vordergebäudes nach dem Hofe zu gelegenen Wohnung einer Nische ein Theil der Dielung, der Zwischenbede der Balkenlage. Die Ursache des Brandes war mannelhafte Auswechslung eines Balkens am Schornstein. Gelöscht wurde das Feuer mittelst der Handpumpen. Die Rückkehr der Feuerwehr auf die Hauptstraße erfolgte um 7 Uhr 6 Min. Nachmittags.

**Sturz in die Oder.** Am 11. d. M., Nachmittags, stürzte ein Knabe an der Füllertinsel in die Oder und ertrank. Die Leiche ist noch nicht gefunden worden. Ein Schiffer holte den auf den Wellen treibenden Hut des Knaben aus dem Wasser, wodurch möglich war, in dem ertrunkenen Knaben den 6 Jahre alten Sohn des Landbriefträgers Scherner, Schützenstraße 14, zu ermitteln. — Am 11. d. Mts., Nachmittags, spielten in der Nähe der Posener Eisenbrücke mehrere Kinder, als eines derselben, die 6 Jahre alte Tochter einer Handelsfrau von der Wehlstraße, in die Oder stürzte und mit den Fluthen fortgerissen seinen Tod fand. Das Kind ist mit rothbraunem Kleid und weißem Unterrock bekleidet. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

**Arbeiter-Risiko.** Am 13. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, waren Zimmerleute mit dem Aufstellen einer Leitergerüste an dem Grundstück Neumarkt 35 beschäftigt. Als der Zimmerpolier vom Dach aus auf einer Leiter hinabsteigen wollte, gab eine Sprosse nach und der Mann stürzte, vergebliche Bemühungen machend, im letzten Augenblick wieder die Leiter zu erfassen, in den Stock aus auf die Straße, wo ein schnell hinzueilender Arbeitsgenosse durch den Versuch, den Stürzenden aufzufangen, die Wucht des Sturzes lin-

berte. Immerhin erlitt der Mann schwere Verletzungen. Die erste Hilfe leistete dem Verunglückten die Sanitätsabtheilung der Feuerwehr. Alsdann wurde derselbe dem Allerheiligen Hospital ausgeführt.

**Im städtischen Armenhause betrug Anfang März der Bestand an Inquilinen 383 Männer, 290 Frauen; im Laufe des Monats kamen hinzu 57 Männer, 55 Frauen, dagegen wurden entlassen 69 Männer, 68 Frauen und starben 4 Männer und 7 Frauen, so daß Ende des Monats 367 Männer, 270 Frauen in der Anstalt verblieben.**

**Behufs der Neupflasterung wird einer Befarntmachung des Polizeipräsidiums zufolge die Schutzbrücke zwischen Kupferschmiede- und Ursulinerstraße vom 13. d. Mts. ab auf die Dauer von drei Wochen, sowie behufs Straßenbahn Gleis-Neu- und Umbauten die Albrechtsstraße und zwar zwischen Ring und Altbückerstraße vom 13. bis incl. 18. d. Mts., und zwischen Altbückerstraße und Oberpräsidial-Gebäude incl. Kreuzung Altbückerstraße vom 20. incl. 22. d. Mts. für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.**

**Selbstmord.** Am 12. d. Mts., Nachmittags, wurde in einem Bodenraume am Graben eine Wittfrau erhängt aufgefunden. Die Leiche wurde nach der Anatomie geschafft. — In der Nacht zum 13. d. Mts. brachte sich der Portier eines Hotels mit einem Messer Schnittwunden am Hals und am linken Arm bei. Der Mann wurde in das Allerheiligen-Hospital geschafft, wo er verstarb.

**Polizeiliche Nachrichten.** In das Polizeigefängnis wurden am 11. und 12. d. Mts. 89 Personen eingeliefert. — Abhanden kam eine silberne Uhr mit Kette. — Gesunden wurden eine Granatbrotsche, zwei Portemonnaies mit 8,62 und 10,49 Mk. und ein Pfandschein.

### Schlesien.

**Wrocław, 13. Mai.** Zum zweiten Bürgermeister ist in der heutigen Sitzung der Stadtverordneten Stadtrath Gayl aus Zeit gewählt worden.

**Wrocław, 12. Mai.** Seit einiger Zeit herrscht in Deutsch-Ostlich hiesigen Kreises die Diphtheritis in sehr bösartiger Weise. Namentlich werden Kinder von derselben befallen. Dem Gärtnere Goldammer sind binnen wenigen Tagen zwei Kinder an Diphtheritis gestorben, während vier noch krank darniederliegen.

**Schweidnitz, 13. Mai.** Aus unserem so reichhaltigen Steuerbouquet bleibt nicht mehr viel übrig; denn abgelehnt von der Regierung sind: Clavier-, Jagdschein-, Fahrrad-, Wildpret- und Automatensteuer. An Zuschlägen werden für 1895/96 erhoben für: 1. Gemeinde-Einkommensteuer 120 Procent Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer, 2. Provinzial-, Verwaltungs-, Landarmen- und Kreislosten 20 Proc. Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer, 3. Gewerbesteuer-Zuschlag 200 Procent, 4. Gemeinde-Zuschlag zur Betriebssteuer 100 Procent, 5. Gebäude- und Grundsteuer-Zuschlag je 200 Procent, 6. Kirchensteuer 15 Procent Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer.

**Waldenburg, 13. Mai.** Die letzte Stadtverordneten-sitzung hatte sich mit der endgültigen Regelung der Besoldungen der an den hiesigen Volksschulen angestellten Lehrer zu beschäftigen. Die Versammlung nahm ein von der königlichen Regierung ausgearbeitetes Statut an, nach welchem das Anfangsgehalt 1000 Mark, das Endgehalt 2200 Mark betragen soll.

**Gottschberg, 13. Mai.** Bürgermeister Herr Polid-Friedland ist von der königlichen Regierung zum Bürgermeister hiesiger Stadt bestätigt worden. Der Tag seines Dienstantrittes hier selbst ist noch nicht bestimmt.

**Wrocław, 12. Mai.** Arbeiter-Risiko. Der Tischler J. aus dem benachbarten Berthelsdorf verunglückte auf schreckliche Weise. Er war an der Bandsäge in der Maschinenfabrik beschäftigt und kam, da er sich zu tief bückte und nach vorn neigte, der Säge zu nahe, so daß ihn dieselbe am Kopf erfaßte, die Mütze zerschchnitt und dann in den Schädel eindrang, so daß derselbe vom Wirbel bis zum Stirnbein aufgeschnitten wurde. Dem Schwerverletzten legte man zunächst den ersten Verband an, alsdann wurde die Wunde vernäht. Glücklicher Weise ist der Knochen nicht völlig durchsägt, so daß der Verunglückte in einigen Wochen wieder völlig hergestellt sein dürfte.

**Wrocław, 13. Mai.** Dieser Tage stürzte, nach dem „Boten aus dem Riesengebiet“, in Baumgarten ein Theil vom steinernen Thurm der katholischen Kirche zusammen, zertrümmerte das Kirchengeschloß und verschüttete das Portal. Von dem Thurm stehen noch zwei Wände vollständig; zwischen ihnen ragen das Gebälk und eine große, allerdings unbrauchbare Glocke hervor. Da der die Kirche umschließende Friedhof bisher für Jedermann zugänglich war und außerdem zwei öffentliche Wege an ihr vorüberführten, konnte leicht ein größeres Unglück geschehen. Die Kirche ist ein Denkmal aus alter Ritterzeit und enthält kostbare alte Gemälde.

**Wrocław, 11. Mai.** Zum Bürgermeister unserer Stadt wurde in der letzten Stadtverordneten-Versammlung Herr Bürgermeister Friedrich aus Neustädtel gewählt.

### Neueste Nachrichten.

— **Berlin, 13. Mai.** Die Nachtheile der Reaction sind kräftig an der Arbeit. Ein neues Socialistengesetz empfiehlt die „Kreuzzeitung“ nach dem Scheitern der Umsturzvorlage und zwar gegen die Anarchisten, die Socialdemokraten und die Freisinnigen im Richterlichen Sinne. Das Vorgehen habe sich nicht gegen die irre geleiteten Massen,

sondern gegen die in gewissem Sinne geschichtlich bekannten Führer der seit einem Menschenalter unter arbeitsenden Revolution von unten zu richten. — **Scharfe Besetzung der Socialisten im Verwaltungsweg** verlangt das Organ des Bundes der Landwirthe, die „Deutsche Tageszeitung“, nach dem Fall der Umsturzvorlage. — Herr v. Böttcher, der nun 15 Jahre Minister war, soll wieder einmal amtsmüde sein und beabsichtigen, nach Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals, dessen Bau er leitete, sich von dem Ministerposten zurückzuziehen. Die Nachricht tritt sehr bestimmt auf. Ganz freiwillig wird sein Weggang gewiß nicht sein.

— Den Gerüchten, daß Herr v. Köller große Aussicht hätte, in kürzester Frist „lucanisirt“ zu werden, tritt die „National-Ztg.“ entschieden entgegen. Es wäre auch schade, wenn wir diesen bedeutendsten Förderer der Socialdemokratie so bald schon verlieren sollten.

— Die Berliner Sattlergehilfen bereiten sich in Hinsicht auf die günstige Conjunction und die Vermehrung der Militärarbeit auf einen Streik vor, um höhere Löhne und Kürzung der Arbeitszeit zu erreichen. Leider ist nur ein Zehntel der hiesigen Sattler organisiert, so daß der Erfolg zweifelhaft erscheint.

— Eine gestern in Rixdorf abgehaltene Versammlung der Confectionsarbeiter lehnte die Forderung der Errichtung von Betriehswerkstätten ab, weil 30,000 Heimarbeiterinnen Berlins hierdurch schwer betroffen würden.

— **Wien, 13. Mai.** Bei der heute hier vorgenommenen Reichstagsersatzwahl erhielten Greiß (Centr.) 10,332, Lütgenau (Socialdemokrat) 7366, Wittgenstein (National-liberal) 3887, Birchow (Frl. Pfg.) 384, Warendorf (Antifem.) 391 Stimmen. Es ist daher eine Stichwahl zwischen Greiß und Lütgenau nothwendig. Die Wahlbetheiligung war überaus schwach. In der Hauptwahl 1893 erhielt der Centrums-candidat 18,621, der Socialist 12,093, der National-liberale 11,766, der Freisinnige 435 und der Antifemite 533 Stimmen. Es haben also alle Parteien wesentlich an Stimmen eingebüßt, am meisten allerdings die National-liberalen.

— **Wahlhausen i. Th., 13. Mai.** Von der Anklage der Majestätsbeleidigung wurde hier ein Arbeiter, der bei einem Kaiserhoch sitzen geblieben war, freigesprochen. Der Vorsitzende führte in der Begründung aus, daß zwar eine „Ehrverletzung“, nicht aber eine „Beleidigung“ vorliege.

— **Mainz, 13. Mai.** Zwei Bewohner von Gonsenheim, der Aldermann Ferdinand Becker und der Schreiner Werum gingen am Sonntag um Mitternacht thätlich gegen den Militärposten an den Mainzer Schießständen vor und wollten sich nicht entfernen. Der Soldat feuerte. Becker wurde schwer verwundet und blieb liegen. Werum floh. Der Gouverneur v. Holleben rühmte heute den Soldaten vor der Mannschaft.

— **Graubenz, 13. Mai.** Aus der hiesigen Strafanstalt sind zwei Zuchthäusler ausgebrochen. Sie überkletterten die Mauer, um das Freie zu gewinnen. Ein Wächter, welcher die Flüchtlinge entdeckte, streckte den einen, Bojanowski, mit zwei Schüssen nieder, während der andere auf der Landstraße festgenommen wurde.

— **Brüssel, 12. Mai.** In der gestrigen in Thuin stattgehabten Ersatzwahl für die Repräsentantenkammer erhielt Leken (Socialist) 18,127, Bailly 16,084 Stimmen. Es ist eine Stichwahl erforderlich. — Der König hat die gegen die Giftmörderin Frau Joniaux verhängte Todesstrafe in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt.

— **Rom, 13. Mai.** Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht ein Rundschreiben des Präsidenten der katholischen Comitees Italiens an sämtliche Comitees, in welchem dieselben aufgefordert werden, den italienischen Katholiken einzuschärfen, sich gemäß den Weisungen des Päpsten vom 30. Juli 1886 bei den politischen Wahlen der Stimmenabgabe zu enthalten.

— **Madrid, 13. Mai.** Einem hiesigen Blatt zufolge hat man im Ocean einen Passagier der Königin Regentin noch lebend aufgefunden. Er verlor jedoch einige Augenblicke nach seiner Rettung, ohne im Stande gewesen zu sein, irgend welche Aeußerung zu machen. — Die Abgeordneten von Cuba messen den Operationen des Rebellenführers Maceo eine Bedeutung bei, und sind sehr beunruhigt über die neuerliche Sendung von Munition und Truppen. — Bei den spanischen Municipalrathswahlen wurden in Madrid 18 Ministerielle, 4 Liberale, 4 dissentirende Conservative und 1 Republikaner gewählt. Sämtliche ministeriellen Candidaten befinden sich unter den Gewählten. In den Provinzen wurden der Mehrzahl nach ministerielle Candidaten gewählt.

— **New-York, 13. Mai.** Aus Cuba wird wieder ein Erfolg der Aufständischen gemeldet. Nach einem Telegramm aus Tampa soll der cubanische Insurgentenführer Gomez bei Vornen einen Sieg über die Regierungstruppen davongetragen haben; letztere unter General Salcedo, sollen 1000 Mann verloren haben. — Eine Meldung der „Central News“ berichtet noch von einem zweiten Erfolg der Aufständischen. 700 Aufständische unter dem Oberbefehl von Maceo griffen die Regierungstruppen unter Oberst Copello mit großer Heftigkeit plötzlich am Sonntag an und tödteten eine große Anzahl. Capitän Lopez und Lieutenant Bextor wurden schwer verwundet.

### Standesamtliche Nachrichten.

Todesfälle. II. Walter, S. des Drechslers Hermann Böhm, 3 T. — Paul, S. des Stellmachers Paul Grelus, 6 W. — Erich, S. des Holzbildhauers Emil Lorenz, 9 T. — Elisabeth, T. des Gram-Loconotivheizers Gustav Schirmer, 6 J. — Arbeiter Carl Raibach, 55 J. — Arbeiter Hermann Beck, 52 J. — Ray, S. des Schmieds Ferdinand Fabian, 11 W. — III. Arbeiter Gottlieb Raffel, 75 J. — Martha, T. des Maurers Gottlieb Günther, 2 W. — Ray, S. des früheren Gastwirths Emil Fischler, 18 T. — Arbeiterfrau Bianka Specht, geborene Marzke, 29 J. — Ray, S. des Tischlers Paul Keil, 6 Mon. — Wilhelm, S. des Arbeiters Franz Klose, 2 W. — Schiffsbauersfrau Pauline Frege, geborene Kiesel, 51 J. — Walter, S. des Uhrmachers Paul Kiesel, 5 M. — Helene, T. des Schuhmachermeisters Gottfried Preuß, 1 J. — Marie, T. des Arbeiters Ernst Adam, 7 W. — Arbeiterfrau Martha Martini, geb. Schulz, 29 J.

